

1F 2824 F

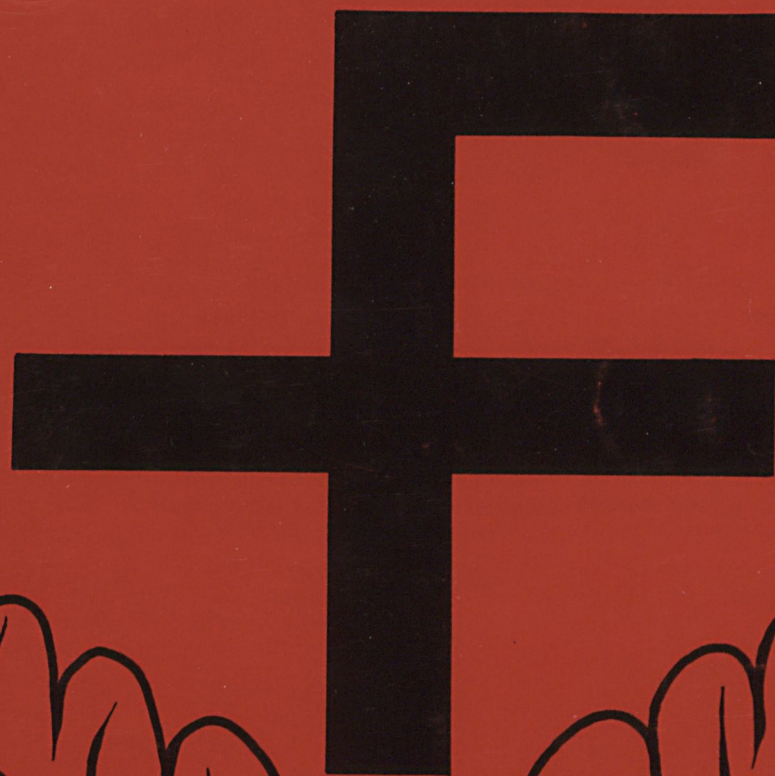
darmstädter
studenten
zeitung

DM 0,60

Hochschulangehörige
DM 0,30

Dezember 1970
18. Jahrgang

Nr. 116



BUND
FREIHEIT DER WISSENSCHAFT

Inhalt

- 2 **Informatik und kein Ende**
Untersuchungsausschuß soll GAI-Praktiken durchleuchten
- 5 **Eins rechts, eins links**
Ergebnisse der Wahl zum Studentenparlament
- 6 **Ein Fähnchen im Wind?**
Studentenschaftspolitik im Umbruch
- 10 **Streit um den Ausländerrat**
Ausländische Studenten organisieren sich
- **„Wer sind die eigentlich?“**
Integration der Werkkunstschule in die THD ungewiß
- 13 **Wenig Zimmer – kein Geld**
Wohngeldgesetz bringt nichts Neues für Studenten
- 14 **Von der Ingenieurschule zur Fachhochschule**
Das Fachhochschulgesetz tritt nächstes Jahr in Kraft
- 16 **Entwicklungshilfe – für wen?**
Mozambique und der Cabora-Bassa-Staudamm
- 23 **Basisarbeit ganz unten**
Erstsemesterveranstaltungen der Basisgruppen
- 24 **Rechts, wo das Herz schlägt**
Ordinarien gründen Bund „Freiheit der Wissenschaft“
- 27 **Nacht**
Verfassungsbeschwerde gegen das HUG
- 28 **Mini-markt**

Voraussichtlich in den Jahren 1974 oder 1975 werden die TH Darmstadt und die Fachhochschule Darmstadt zur Gesamthochschule vereinigt. Zur Fachhochschule sind zusammengefaßt:

- die Staatliche Ingenieur-Schule für Bauwesen Darmstadt,
- die Staatliche Ingenieur-Schule für Maschinenwesen Darmstadt,
- die Staatliche Chemieschule Darmstadt,
- das Pädagogische Fachinstitut Jugenheim,
- die Staatliche Höhere Fachschule für Sozialpädagogik Darmstadt (siehe Seite 14).

Die darmstädter Werkkunstschule soll direkt an die TH angegliedert werden (siehe Seite 12).

Um die darmstädter Studenten allmählich auf den Zusammenschluß vorzubereiten, um sie rechtzeitig mit den Problemen ihrer Kommilitonen und den Verhältnissen an deren Schulen vertraut zu machen, wird die dsz weiterhin über die TH, zusätzlich aber auch über die Fachhochschule und die Werkkunstschule berichten.

Wie notwendig eine Vorbereitung auf den Zusammenschluß zur Gesamthochschule ist, zeigt sich zur Zeit bei der Fachhochschule: Weder Dozenten noch Studenten der verschiedenen Schulen sind in der Lage, sich darauf einzustellen, daß sie in Zukunft zu einer, eben zur Fachhochschule gehören. Damit sich das möglichst bald ändert, wird bis auf weiteres an der Fachhochschule neben der dsz eine eigene Studentenzeitung erscheinen: **AKTUELL**.

Die Redaktionen von **AKTUELL** und dsz wollen so eng wie möglich zusammenarbeiten. Die Aufgabe der dsz ist es dabei, besonders über die Themen zu schreiben, die für alle darmstädter Studenten von Interesse sind.

Die „darmstädter studentenzeitung“ erscheint zweimal im Vierteljahr. Herausgeber und Verleger: Studentenschaft der TH Darmstadt (Körperschaft des öffentlichen Rechts) 61 Darmstadt, Hochschulstraße 1, Telefon 16 25 17.

Verantwortlich: Martin Burgheim

Verkaufspreis: DM 0,60, Hochschulangehörige DM 0,30; Jahresabonnement incl. Postzeitungsversand DM 6,00 (Ausland DM 7,70). Konto: Dresdner Bank Darmstadt 31240. Anzeigen: Jan Kettmann, 61 Darmstadt, Rheinstraße 67, Tel. 8 55 43. Konten: Stadtparkasse Darmstadt 10000 335, Postscheckamt Ffm 80597.

Satz und Druck: Ph. Reinheimer, Darmstadt.

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.

Für unverlangt eingesandte Bücher, Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen. dpa-Bilder auf den Seiten 17, 21, 24, 26.

darmstädter
studenten
zeitung

Nr. 116

Das Papier für den Innenteil ist eine Spende der Firma E. Holtzmann & Cie. AG, Weisenbachfabrik.

Für den Umschlag wurde holzfrei Windmühle Original Kunstdruckpapier verwendet; es ist eine Spende der Papierfabrik August Köhler.

Beilagenhinweis

Der gesamten Auflage liegt ein Prospekt der Deutschen Verlags-Anstalt, Stuttgart, bei („Bild der Wissenschaft“).

Informatik und kein Ende

Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Informatik-Professoren?

Die an Skandalen reiche Geschichte der Einrichtung eines Informatik-Studiums an der THD wird möglicherweise ihren vorläufigen Höhepunkt erfahren in einer Dienstaufsichtsbeschwerde gegen einen oder mehrere der professionellen Informatik-Macher an der THD, die Professoren Piloty (Nachrichtenverarbeitung), Beck (Theoretische Kernphysik) und Wedekind (Betriebswirtschaftslehre). Zur Klärung einiger Merkwürdigkeiten setzte der Senat in seiner Sitzung am 23. November eine Untersuchungskommission ein, die sich mit der Praxis des Gründungsausschuß Informatik bei der Besetzung der beiden Koordinatoren-Stellen für die Informatik befassen soll.

Im Herbst 1968 wurde im damaligen Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung beschlossen, an den deutschen Hochschulen ein Studium der Computer science (Wissenschaft vom Bau und von Umgang mit elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, zu deutsch „Informatik“) einzurichten und massiv mit Geld zu unterstützen. Prof. Piloty, der schon damals dem überregionalen „Fachbeirat für Datenverarbeitung“ im Ministerium angehörte, begann sofort in Darmstadt mit einer Senatskommission Informatik die Arbeit an einer Studienkonzeption. Nach hartnäckigen Kämpfen der Studenten- und Assistentenvertreter legt diese Kommission im Sommer 1969 ein Memorandum vor, das richtungsweisend für die Informatik im ganzen Bundesgebiet hätte sein können: Die Chance eines völligen Neubeginns einer Studienrichtung sollte dazu genutzt werden, kompromißlos die Erkenntnisse der modernen Hochschuldidaktik zu verwirklichen.

Wesentliche Punkte des Memorandums waren:

- * keine Massenvorlesungen, sondern Gruppenstudium
- * keine punktuellen Prüfungen, sondern studienbegleitende Lernkontrolle
- * kein autoritärer Studienplan, sondern weitgehende Wahlfreiheit im zweiten Studienabschnitt
- * keine undurchführbare und ungerechte Leistungsdifferenzierung in sechs Stufen, sondern Boole'sche Noten (bestanden — nicht bestanden)
- * keine Trennung von Lehre und Forschung, sondern aktive Mitarbeit von Studenten an Forschungsvorhaben
- * keine individuellen Graduierungsarbeiten, sondern kollektive Studien- und Diplomarbeiten mit Mitbestimmungsrecht über die Beurteilung
- * keine großen Hörsäle in der Raumplanung, sondern einen Arbeitsplatz für jeden Studenten.

Nach der Verabschiedung des Memorandums durch den Senat und der Einführung der Drittelparität in allen wichtigen Hochschulgremien, so auch im Grün-

dungsausschuß Informatik (GAI), hätte einer Verwirklichung dieses progressiven Plans nichts im Wege gestanden, zumal die Landesregierung bereit war, die Informatik über die Bundesmittel hinaus zu unterstützen, um die Einführung dieses Modellstudiums zu gewährleisten.

Die konservativen Informatikprofessoren Piloty und Wedekind befürchteten jedoch wegen der Drittelparität, daß Studenten und Assistenten die Realisierung des Memorandums per Stimmenmehrheit erzwingen könnten, woran ihnen nicht gelegen war, da dies ihre Machtposition in Sachen Informatik entscheidend geschwächt hätte. Sie boykottieren die Weiterarbeit des Ausschusses durch ihren Auszug und erpresserische Forderungen, und da die Assistenten nicht bereit waren, die Informatik notfalls auch ohne Professoren zu machen, lag die Arbeit an der Einführung des Informatik-Studiums fast ein halbes Jahr still.

Koordinatoren als Ausweg

Nachdem der Assistentenrat seine falsche Politik endlich eingesehen hatte, ergab sich folgender Ausweg:

Zwei hochdotierte Stellen sollten auf Zeit mit fähigen Organisatoren aus Industrie und/oder Hochschule besetzt werden, die finanziell und institutionell unabhängig von den etablierten Informatik-Ordinarien den Aufbau des Fachbereichs Informatik betreiben sollten. Die Bewilligung der Stellen wurde vom Land zum 1. April bewirkt und die Ausschreibung erfolgte Anfang April. Inzwischen war allerdings in der Hochschule ein rechtloser Zustand eingetreten, der auch der Drittelparität im GAI ein Ende bereitere. Die Ordinarien Wedekind und Piloty hatten wieder Oberwasser und versuchten, auf eine der Koordinatorenstellen einen ihnen genehmen Bewerber, Dr. Zürneck, zu setzen. Dies wurde jedoch durch eine gezielte „Indiskretion“ der Studenten verhindert. Ein Versuch, durch einen Beschluß des GAI die Einstellung zweier Bewerber (Graßmugg und Werkmann) zu erzwingen, die auch den Studenten annehmbar erschienen, scheiterte am Widerstand des inzwischen wieder etablierten Ordinarien-Senats. Der Senat setzte, um allen Schwierigkeiten aus dem Weg zu gehen, einen GAI ein, der im Verhältnis 5:3:2 unter Einschluß der Informatik-Eminenzen Piloty und Wedekind besetzt ist.

Hindertreibung des Koordinatorenkonzepts

Die konservativen Ordinarien, in deren Lager inzwischen auch der bislang liberal taktierende Ex-Prorektor Beck überge-
laufen war, verschleppten nun die Ko-
ordinatoreneinstellung weiter. Sie hatten
erkannt, daß ein geschickter, unabhängiger
Organisator ihren Einfluß auf die Ge-
staltung des Informatik-Studiums ent-
scheidend einschränken könnte, zumal es
sich bei den verbliebenen Bewerbern
(nachdem der Professorenkandidat Zür-
neck die Lust verloren hatte) um konse-
quente Befürworter des Memorandums
handelte. In Unkenntnis dieser Hinter-
gründe beschloß jedoch der Senat am
6. 7. 1970 endlich die Einstellung von
Graßmugg als Informatik-Koordinator.
Dieser Senatsbeschluß wurde nun vom
Professoren-GAI, da er ihnen überhaupt
nicht ins Konzept paßte, völlig ignoriert
und sogar als „Panne“ hingestellt. An-
statt den Beschluß auszuführen, wurde im
GAI berichtet, der Senat habe die Ko-
ordinatoren-Angelegenheit an den Aus-
schuß zurückverwiesen. Daraufhin einigte
man sich auf eine neue Ausschreibung,
die den Einfluß, die Qualifikation sowie
die Bezahlung der Koordinatoren stark
einschränkte („mehr Verwaltungstätig-
keit“). Die Ordinarien hofften, auf diese
Weise eine lästige Konkurrenz bei der
Errichtung einer Ordinarienfakultät alten
Stils auszuschalten. Die Ausschreibung
erfolgte hochschulintern, die alten Kan-
didaten wurden gefragt, ob sie ihre Be-
werbung aufrechterhalten. Daraufhin zog
zunächst Werkmann seine Bewerbung
zurück. Aus seinem Brief an Prof. Beck:

Die jetzige Stellenbeschreibung hat
mit der alten nichts mehr gemeinsam.
Vor allem scheint mir die Anbindung
der Koordinatoren an Prof. Piloty zu
offensichtlich. Absicht zur Schaffung
der beiden Koordinatorenstellen war
es aber gerade, notfalls auf die Mit-
arbeit von Professoren (zumindest
zeitweise) zu verzichten. Nach der
jetzigen Stellenbeschreibung wird dies
nicht möglich sein und ist sicherlich
auch nicht mehr gewollt.
Ich befürchte sehr, daß von dem sei-
nerzeitigen Memorandum zur Grün-
dung der „Informatik“, dem auch die
Professoren zugestimmt hatten, nichts
mehr übrig bleiben wird. So wie es
jetzt aussieht, wird lediglich eine 8.
Fakultät in Darmstadt gegründet;
durch nichts von den anderen unter-
schieden, mit all den Schwächen der
anderen.

Zum Aufbau des Fachbereichs Informatik sucht die

Technische Hochschule Darmstadt 2 Koordinatoren

für folgende Aufgabengebiete:

- A. Wissenschaftlicher Aufbau des Fachbereichs. Planung in den Bereichen: Personal, Rechner und Peripherie, Studiengänge. Zusammenarbeit mit Informatik-Fachbereichen anderer Universitäten.
- B. Haushalts- und Verwaltungsplanung für die Entwicklung des Fachbereichs. Bauplanung. Verhandlungen mit Dienststellen; Koordination mit Nachbar-Fachbereichen.

Anforderungen:

- A. Abgeschlossenes Hochschulstudium. Fundierte Kenntnisse und Erfahrung auf dem Gebiet der Computer Science.
Spätere Übernahme in den Forschungsbereich möglich.
- B. Abgeschlossenes Hochschulstudium, möglichst Promotion. Erfahrung im Universitätsbereich.

Vergütung außertariflich (bis zu Bezügen nach H 4 Hess. Bes.Ges.) im Angestelltenverhältnis.

Die Stellen sind ab 1. 4. 1970 verfügbar und sollten baldmöglichst besetzt werden.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen werden bis zum 31. 3. 1970 an den **Rektor der Technischen Hochschule Darmstadt, 61 Darmstadt, Hochschulstr. 1, erbeten.**

Erste Ausschreibung für die Koordinatenstellen

Zum Aufbau des Fachbereichs Informatik ist an der **TECHNISCHEN HOCHSCHULE DARMSTADT** die Stelle eines

Koordinators

zu besetzen. Der Stelleninhaber soll den Gründungsausschuß und später den Fachbereich bei folgenden Aufgaben unterstützen:

Planungsperspektiven für den stufenweisen Aufbau des Fachbereichs; Raumplanung und Kapazitätsberechnung; Verwaltungsorganisation; Erstellung von Entscheidungs- und Informationsunterlagen; Studien- und Prüfungsberatung.

Anforderungen: Abgeschlossenes Hochschulstudium. Erfahrung in Planungs- bzw. Organisationsaufgaben, möglichst im Universitätsbereich. Kenntnisse über TS-Rechenanlagen und deren Einsatz sind erwünscht.

Die Stelle ist sofort besetzbar. Vergütung außertariflich im Angestelltenverhältnis. Bewerbungen mit Ausbildungs- und Tätigkeitsnachweis werden innerhalb von vier Wochen an den Herrn Rektor der Technischen Hochschule, 61 Darmstadt, Hochschulstraße 1, erbeten.

Dritte Ausschreibung für die Koordinatorenstelle(n), nachdem sich auf die zweite (hochschulinterne) niemand gemeldet hatte



Kandidat Graßmugg, Bremser Wedekind

... Nun muß ich sowohl aus der Prozedur, die um die Besetzung der Koordinatorenstellen gemacht wurde, und deren zeitlichem Verlauf, als auch aus einigen anderen Informationen schließen, daß es heute disqualifizierend naiv wäre, mit diesen Vorstellungen eine Koordinatorenstelle anzunehmen. Eines der entscheidenden Fakten ist doch, man will gar keine kompetenten und institutionell einigermaßen abgesicherte Koordinatoren: Das geht unter anderem aus dem Vergleich der ersten und der zweiten Ausschreibung hervor. . .

Das schließe ich auch aus der Unterdrückung des Senatsbeschlusses über meine Einstellung; man hätte Ende Juni weiter sein können als jetzt. Sie, sehr geehrter Herr Professor, haben mir am Tage, als die neue Ausschreibung herauskam, gesagt, der Senat hätte ein Junktim zwischen Herrn Zürneck und mir beschlossen, daher auch die Neuausschreibung. Das

Senatsprotokoll liest sich anders, außerdem wurde meine Einstellung im vertraulichen Teil beschlossen, nachdem Herr Zürneck im öffentlichen Teil seine Ablehnung schon deutlich gemacht hatte. . .

Zusammenfassend muß ich sagen: Gemäß meinen eigenen Erfahrungen und den Informationen, die mir zugänglich waren, erscheint es mir unwahrscheinlich, daß an der THD zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein Fachbereich Informatik geschaffen werden kann, der sich in nennenswerter Weise unterscheidet von den 15 anderen, die gegenwärtig im deutschen Sprachbereich im Aufbau begriffen sind. Der Aufbau einer derartig konventionellen Fakultät lohnt mir (subjektiv) nicht die zwei Jahre intensivster Arbeit — die es nach der ersten Ausschreibung gewesen wären, und noch weniger die Hilfsarbeiten gemäß der „Fakultätsassistentenausschreibung“. . . (aus dem Absagebrief des Kandidaten Graßmugg)

Graßmugg hatte inzwischen aus dritter Hand von dem Senatsbeschuß über seine Einstellung erfahren, der ihm vom GAI, speziell von den Herren Wedekind und Beck, in mehreren Telefongesprächen verschwiegen wurde. In einem Antwortbrief macht er deutlich, daß unter diesen Umständen, die gekennzeichnet sind durch den Versuch, durch Verschleppung und Mauseheilen fähige Bewerber um die Koordinatorenstellen auszuschalten, für ihn keine Mitarbeit an der Darmstädter Informatik in Frage komme.

Stunk im Senat

Angesichts dieser Situation platzte den Assistentenvertretern im Senat wieder einmal der Kragen, allerdings — wie schon so oft in Sachen Informatik — zu spät. Axel Azzola brachte in der Senatsitzung am 23. 11. 1970 den Antrag ein, die Machenschaften der Herren Piloty, Beck und Wedekind mit Hilfe eines Prüfungsausschusses des Senats zu durchleuchten, um herauszufinden, wer der eigentlich Verantwortliche für die Mißachtung des Senatsbeschlusses über die Einstellung von Graßmugg und die Verschleppung und Verhinderung der Koordinatorenbesetzung überhaupt ist. Die bekannt wankelmütige und schizophrene Politik der Assistenten führte dann dazu, daß Azzola seinen Antrag wieder zurückzog, nachdem der Senat die Einsetzung einer Überprüfungskommission zwar beschlossen hatte, aber außerstande war, einen Ordinarienvorsteher für sie zu benennen. Nun war aber die Mehrheit der Senatsmitglieder hellhörig geworden; wenn nämlich die Vorwürfe Azzolas und der Studenten (im übrigen schon veröffentlicht in einem AStA-Info vom 18. September!) stimmen, liegt eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die Verantwortlichen in der Luft. Die Kommission bleibt also eingesetzt, die personelle Besetzung wurde auf die nächste Senatstagung vertagt.

Düstere Aussichten

Währenddessen wandern die Informatikstudenten aus Darmstadt ab. Mit gutem Grund: Das bisher angebotene Übergangsstudium innerhalb der Fakultät für Elektrotechnik entspricht weder in den Arbeitsformen noch in den Lehrinhalten den Ansprüchen, die im Informatik-Memorandum formuliert wurden. Darüber hinaus konnte der Plan, im Winterseme-



Bremser Beck

Eins rechts, eins links

Ergebnisse der Wahlen zum Studentenparlament

Groß war die Auswahl nicht, als die Studenten der TH vom 24. bis 26. 11. das neue Studentenparlament wählen durften. 93 Kandidaten bewarben sich um 69 Sitze. Und auch der Andrang der Wähler war nicht überwältigend: 2607 gingen an die Urnen. Das sind rund 40% (genau läßt es sich noch nicht ausrechnen, da die endgültige Zahl der im Wintersemester immatrikulierten Studenten noch nicht bekannt ist); immerhin 7% mehr als voriges Jahr.

Zur Wahl stand wenig drin. Auf drei Seiten stellten sich die 10 RCDS-Kandidaten vor; ihre Programme kannte man schon aus der offiziellen Wahlzeitung. Zwei Seiten über Arbeitskreise, die man gründen will; ein Bericht über den Mißerfolg der Unterschriftenaktion gegen den AstA; ein mausgrauer Brief „An den Mausgrauen“. Und eine Seite „Was wir wollen“. Hätte man den Inhalt auf vier statt 16 Seiten komprimiert, es wäre nicht so aufgefallen, wie wenig man will.

Alle 10 RCDS-Kandidaten wurden gewählt. Teilweise konnten sie sich gut plazieren; in ET bekam RCDS-Mann Gräfe die meisten Stimmen, in Chemie steht RCDSler Müller auf Platz 2. Alt-funktionär Müller-Lütgenau (MLH) wurde in MPH auch ohne Bild Erster.

AstA ungefährdet

Die derzeitige AstA-Politik bleibt ziemlich ungefährdet; mindestens 40 Neu-Parlamentarier dürften mit ihr sympathisieren. Die drei AstA-Mitglieder, die sich zur Wahl stellten, schnitten weniger gut ab: Dietmar Henning erreichte in Chemie den fünften Platz, Friedhelm Ernst in BI den sechsten. Michael Kluck wurde in MPH gar nur elfter von dreizehn Kandidaten.

Der durchschnittliche Wähler machte nur halb so viele Kreuzchen, wie er gedurft hätte. Besonders sparsam waren die Elektrotechniker; von 14 möglichen Stimmen vergaben sie im Durchschnitt nur fünf. Die aber verteilten die meisten gerecht auf die Vertreter der konkurrierenden politischen Gruppen. Eine Untersuchung von etwas mehr als der Hälfte der 468 ET-Stimmzettel zeigte, daß rund zweidrittel der Wähler sowohl mindestens einem Kandidaten der rechten als auch mindestens einem Kandidaten linker Gruppen ihre Stimme gaben.

Müder „Wahlkampf“

Der Wahlkampf, wenn man davon überhaupt sprechen will, verlief ruhig. Die Vollversammlungen der Fachschaften waren kaum besucht; oft kamen nur Vertreter der beiden extremen Gruppen nebst einiger Sympathisanten: RCDS- und MLH-beziehungsweise Basisgruppenmitglieder. Die Masse, um deren Stimmen geworben werden sollte, blieb zuhause.

Zum ersten Mal wurde vom Wahlauschuß eine Wahlzeitung herausgegeben. Die Möglichkeit, dort einen kurzen Programmtext abdrucken zu lassen, nutzte nur die Hälfte der Kandidaten, und selbst diese Texte waren zu einem guten Teil kurz und nichtssagend. Immerhin, die meisten Kandidaten stellten sich im Foto vor. Das zahlte sich aus: 11 der 17 Kandidaten, die auch ein Bild für überflüssig hielten, wurden nicht gewählt.

Außerdem hatte der Wahlauschuß die politischen Hochschulgruppen aufgefordert, zusätzlich zu den Programmen ihrer Kandidaten eine Erklärung abzugeben. Basisgruppen und MLH machten ausgiebig Gebrauch davon; der RCDS begnügte sich mit einem **kurzen Wahlaufuf**. Dafür druckte er eine eigene Zeitung: RCDS ZUR WAHL.

ster 1970/71 voll mit den Lehrveranstaltungen für das eigentliche Informatik-Studium (Abschluß: Diplom-Informatiker) zu beginnen, wegen des Professoren-Hickhacks im GAI und der unkoordinierten Arbeit der Ordinarien nicht eingehalten werden; die Professoren- und Assistenten-Stellen, die schon seit dem 1. Juli zur Verfügung stehen, wurden nicht besetzt. Lediglich das Mathematische Institut der Fakultät Mathematik/Physik, dem für die Durchführung der Mathematik-Veranstaltungen für die Informatiker einige Stellen für ein Gruppenstudium ausgeliehen wurden, hat den Lehrbetrieb aufgenommen und hält sich dabei sogar an das Memorandum.

Durch die persönlichen Machtansprüche der reaktionären Ordinarien wurde die Chance vertan, mit der Informatik in Darmstadt ein Modell-Studium zu schaffen, das für andere Fakultäten ein Vorbild hätte sein können. Diejenigen, die durch ihre Beziehungen und durch ihre wissenschaftlichen Interessen dazu prädestiniert gewesen wären, die Entwicklung der Informatik in Darmstadt voranzutreiben, haben sie schließlich verhindert.

Ein Rat an die betrogenen Darmstädter Informatik-Studenten: Geht nach Karlsruhe oder München! Die einzige Alternative ist, Piloty und Wedekind zum Teufel zu jagen.

Ein Fähnchen im Wind?

Studentenschaftspolitik im Umbruch

Am 31. März 1969 faßte der Senat der Technischen Hochschule Darmstadt einen Beschluß zu der Kabinettsvorlage zum Hessischen Universitätsgesetz (HUG), die damals dem Landtag vorgelegt wurde. Dieser Beschluß wurde später als „Widerstandsbeschluß“ bezeichnet:

„Die Technische Hochschule Darmstadt wird sich nicht vor Konflikten mit dem Staat scheuen, um auch in Zukunft die vom Großen Senat gefaßten Beschlüsse zur Satzungsreform praktizieren zu können...“

Die Technische Hochschule Darmstadt wird mit allen Mitteln zu verhindern suchen, daß ihr die Praktizierung von Normen aufgezwungen wird, die nicht in Übereinstimmung stehen mit den vom Großen Senat beschlossenen Satzungsreformen...“

Wenige Wochen bevor dieser Beschluß zustande kam, waren im Zuge der Darmstädter Satzungsreform des Jahres 1969 Senat und Großer Senat in ihrer neuen Zusammensetzung eingerichtet worden. Es war dies eine Folge der studentischen Politik, wie sie etwa bis gegen Ende des Jahres 1968 verfolgt wurde:

Antiautoritäre Studentenschaftspolitik

Sie richtete sich gegen die überalterten Organisationsformen der Humboldtschen Universität, die den Ordinarien die nahezu alleinige Verfügungsgewalt über die ihnen anvertrauten universitären Einrichtungen sicherte. Und sie war damit Ausdruck der antiautoritären Studentenbewegung, die zumeist die unmittelbar einem gegenüberstehenden Autoritäten angriff, deren Funktion entschleierte und so danach trachtete, die Gesellschaft Stück für Stück zu verändern. Zwar wurde schon damals zumindest von einer Minderheit der Studenten (oder besser: Minderheit einiger politisch aktiver Studenten) eingesehen, daß die eigentliche Misere der Universität in den Widersprüchen unserer kapitalistischen Gesellschaft begründet ist und daß somit der eigentliche Angriffspunkt studentischer Aktivitäten die Indienahme der Universität durch privatkapitalistische Interessen sein muß; aber es blieb bei einer abstrakten Einsicht.

Die Studentenbewegung war autoritätsfixiert und bestenfalls nebulös antikapitalistisch. Autoritätsfixiert in zweifacher Hinsicht:

● Zum einen wurde nach der Legitimation von überlieferten Autoritäten gefragt; nach der Macht der Ordinarien, nach der Berechtigung der „allerheiligsten“ nicht öffentlichen Sitzungen akademischer Gremien usw.

● Zum anderen waren es wiederum wenige Autoritäten, die diese Bewegung trugen.

Die Hauptforderungen, die damals zur Durchlüftung der Universität aufgestellt wurden, waren daher **Öffentlichkeit und Drittelparität in allen Hochschulgremien**. Diese beiden Forderungen bestimmten alle Aktivitäten der Studenten. Es wurde angestrebt, daß

● die Arbeit in den Gremien für alle Betroffenen (Professoren, Assistenten, Studenten, Angestellte) durchschaubar und überprüfbar wird und

● alle am Wissenschaftsprozess Beteiligten (Professoren, Assistenten, Studenten) gleichberechtigt die Entscheidungen fällen.

Damit wollte man erreichen, daß unter größerer Einflußnahme der Studenten und Assistenten, also der tendenziell progressiveren Kräfte, die alte Ordinariuniversität zerschlagen werden kann. Das war nötig, um die Wissenschaft zur Befreiung der Menschen von Natur- und gesellschaftlichen Zwängen einzusetzen oder, anders gesagt, „um eine notwendige Voraussetzung zur Freisetzung der emanzipatorischen Kraft von Wissenschaft zu schaffen.“ (ASTA-INFO Januar 1969, „Abgesang“)

Durch eine ganze Reihe von Aktivitäten im WS 68/69, teach-ins, sit-ins vor Sitzungsräumen, go-ins in Senats- und Fakultätssitzungen, und eine sich ständig verstärkende Anteilnahme der studentischen Öffentlichkeit waren die Professoren schließlich derart verschüchtert und bar ihrer bis dahin zur Schau getragenen Autorität, daß sie in hinreichend großer Zahl den studentischen Forderungen nachgaben. Von nun an saßen starke studentische Fraktionen in den zentralen Gremien der TH Darmstadt.

Technokratische Hochschulreform

Gleichzeitig wurden damals die Vorstellungen des Staates und der dahinter

stehenden Wirtschaft konkretisiert, ebenfalls zu einer Änderung der Universität in ihrer bisherigen Organisationsform zu gelangen, wobei studentische und staatliche Bestrebungen sich formal, allerdings aus verschiedenen Intentionen, in einem Punkt trafen: der Schwächung der Positionen der Ordinarien. Für Staat und Industrie geht es um eine Effektivierung des Forschungs- und Lehrbetriebes an den Universitäten. Ihnen ist darum getan; mit möglichst geringem Aufwand eine möglichst große, zur Verwertung im Produktionsprozeß hinreichend ausgebildete Anzahl von Studienabsolventen zu erhalten. Daher wendet sich die „Reform“ von oben nicht nur gegen die Studenten (permanenter Leistungsdruck, Verschärfung der Prüfungen, Zwangsexmatrikulation etc.), sondern auch gegen die Ordinarien, die durch ihre Hausmachtstellung und undurchschaubaren Verflechtungen sowohl innerhalb als auch außerhalb der Hochschule (Wirtschaft), einer Effektivierung hemmend gegenüber stehen.

Zu Beginn des Jahres 1969 stand die alte deutsche Humboldtsche Universität von zwei Seiten unter Beschuß:

● Die Studenten sahen den Anspruch auf Emanzipation durch Wissenschaft nicht realisiert, sondern stellten einerseits eine weitgehende Abhängigkeit der forschenden Universitätsmitglieder von der Wirtschaft, damit die Unterordnung der Forschung unter die Profitinteressen einzelner, andererseits eine der Emanzipation entgegenstehende Reglementierung des Studiums fest.

Ihre damalige Schlußfolgerung:

Wir müssen möglichst viel Einfluß in den Gremien der Hochschule gewinnen, um eine Änderung in unserem Sinne vorantreiben zu können.

● Staat und Industrie traten an, um der Verträumtheit und Trotteligkeit einer sich als „frei“ von äußeren Einwirkungen bezeichnenden Universität ein Ende zu bereiten. Sie bereiteten die Anpassung an die Entwicklung der modernen Industriegesellschaft (hier: Grundsätze spätkapitalistischer Produktionsweise) vor.

Das größere Maß an Mitbestimmung und die Öffentlichkeit der Gremien ist damals nur durch massiven Druck von studentischer Seite her ermöglicht worden.

Während für den permanenten Druck nur eine kleine aktive Minderheit um SDS und AStA (damals HSU-AStA) sorgte, gelang es immer wieder, in entscheidenden Momenten eine größere Zahl von Studenten zu mobilisieren und damit nach und nach die gesamte Studentenschaft mit dem Problem vertraut zu machen. Wobei genau dieses Verhältnis die antiautoritäre Bewegung überhaupt kennzeichnete: Eine kleine in sich geschlossene Gruppe versuchte punktuell, eine größere Masse von Sympathisanten hinter sich zu bringen.



Sit-in vor dem Senatssaal

Verteidigung der erreichten Position

Für die politisch aktiven Studenten wurde aber bereits damals deutlich, daß nicht viel gewonnen worden war. Es zeigte sich nämlich sehr bald, wie sehr die Ordinarien an ihren Stühlen klebten. Der zu Beginn zitierte „Widerstandsbeschluß“, der die Ordinarien vor aller Öffentlichkeit zwingen sollte, Farbe zu bekennen, ob sie im Verein mit Studenten und Assistenten gegen die totale Anpassung der Universität kämpfen wollten, kam unter Abwesenheit der meisten Dekane zustande. Für den Beschluß stimmten Studenten, Assistenten und Personalvertreter, dagegen ein Dekan, der Rest enthielt sich der Stimme. Im Großen Senat schließlich, dem der Beschluß ebenfalls vorgelegt wurde, waren zwei Sitzungen notwendig, bis er endlich mit kleinen Abstrichen gegen die Stimmen der meisten Ordinarien angenommen wurde.

Damit war eines deutlich: Eine Veränderung der Hochschule zu einer Institution, in der die Kritik gegenüber bestehenden und sich abzeichnenden Verhältnissen in die Lehre hineingetragen werden könnte, würde nur gegen die Ordinarien erfolgen können.

Zum anderen wurde klar, daß sich die Staatsbürokratie über formal durchgesetzte Besserstellungen (Drittelparität) der Studenten hinwegsetzen würde. Bereits im AStA-INFO Nr. 1 vom April 1969 stand eine Einschätzung der Position der Studentenschaft, die auf ein Plädoyer für eine Umgestaltung studentischer Politik in die Organisation in Basisgruppen hinausläuft:

„In dieser Situation können wir nicht mehr erwarten, durch geduldige Arbeit in den Hochschulgremien wesentliche Verbesserungen in Richtung auf ein selbstbestimmtes Studium zu erreichen. Die institutionellen Änderungen, die wir vor der Verabschiedung des Gesetzes in

der Hochschule noch fordern und erreichen werden, dienen nur dazu, einige neue Strukturelemente für uns selbst zu erproben, daraus zu lernen und das Land mit einer fortschrittlicheren Praxis zu konfrontieren, um wenigstens etwas größere Freiräume im Gesetz zu erreichen.

Das wichtigere Ziel unserer Politik ist es, praktische Widerstandsformen gegen diese technokratische Hochschulreform zu entwickeln. Das heißt konkret, unter den oben geschilderten Bedingungen (straffe Reglementierung der Hochschule) kann nur eine Fülle von dezentralen Aktivitäten, die von sich selbst organisierenden Gruppen am Arbeitsplatz, in der Vorlesung, getragen werden, wirkungsvoll die Reglementierung unterlaufen.“

Umstellung der studentischen Politik

Noch im selben Semester (SS 69) wurde die Grundtendenz dieser Einschätzung bestätigt. Die Schwierigkeiten, in der zuvor vertretenen Weise fortzufahren, wurden größer:

● Ordinarien und reaktionäre Assistenten legten der weiteren Satzungsreform immer mehr Steine in den Weg. Und während gleichzeitig immer deutlicher wurde, daß mit einer noch so fortschrittlichen Satzung und noch soviel Arbeitsaufwand das kommende HUG nicht abzuwehren war, ließen die Ordinarien erkennen, daß sie allmählich dazu bereit waren, den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen, das kleinere Übel zu wählen, nämlich auf das HUG zu warten.

● Die Masse der Studentenschaft begann, sich auf die Gremien zu fixieren. Es schien nur sehr schwer möglich zu sein, sie davon zu überzeugen, daß sehr wohl die ursprünglichen Forderungen ihren

Wert gehabt hatten, indem sie zu einer ersten Mobilisierung und einem ersten Durchbrechen althergebrachter Normen führten; daß aber, wenn eine planvolle Weiterarbeit in Richtung auf eine politisierte Studentenschaft betrieben werden sollte, neue Wege zu beschreiten seien, nämlich die über die Basisarbeit.

● Die meisten Studenten warteten damals darauf, auch im letzten Gremium noch die Drittelparität erreicht zu haben, um dann unter „gleichen“ Bedingungen Studien- und Prüfungsreformen durchzusetzen. Es zeichnete sich aber klar ab, daß nichts Wesentliches mehr durch Drittelparität zu erreichen sei, da bundesweite Rahmenordnungen enge Spielräume setzten.

Auch in ach so vortrefflich besetzten Gremien läßt sich keine „Revolution“ durchführen, da die Macht ganz woanders liegt: bei höheren Kompetenzen, die z.B. nicht von einem Drittel der Mitglieder des Großen Senats bedrängt werden können. Überdies – und das ist besonders wesentlich – war die Macht auch und gerade innerhalb der Gremien verschieden verteilt. Drittelparität ist nur eine formale Gleichstellung. Materiell waren die Gruppen, vor allem im Großen Senat, ungleich: die Professoren mit ihren Hausmächten, Lehrstühlen, Instituten haben ganz andere Vorbedingungen als die von den Professoren abhängigen Assistenten; und noch andere Bedingungen haben die unter ständigem Druck ihres Studiums stehenden Studenten.

Drittelparität ist eine formale Gleichstellung von materiell Ungleichen. Damit konnte Drittelparität, sobald die Studenten zu dieser Einsicht gekommen waren, nicht mehr ihre Forderung sein.

● Des weiteren zeigte sich in der Ent-



Rektorats-Go-in

wicklung der Studentenbewegung, wie falsch die Fixierung auf die Universität und deren Gremien sein kann. Durch den Versuch, die Universität isoliert zu behandeln, wurde erst sehr spät verstanden, daß die Widersprüche in der Hochschule stets unmittelbar auf die der Gesellschaft und deren Hauptwiderspruch, dem zwischen der gesellschaftlichen Arbeit und der privaten Aneignung der Produkte, zurückzuführen sind. Erst durch diese Erkenntnis kann letzten Endes auch die Position eines Wissenschaftlers an einer Technischen Hochschule, der Auftragsforschung für ein Industrieunternehmen durchführt, geklärt werden.

An dieser Stelle schließt sich der Kreis, denn hier wird deutlich, daß schließlich die Forderung nach emanzipatorischer Wissenschaft „völlig am Thema vorbei zielte“. Denn wollte man die Widersprüche beseitigen, so war es falsch, Bedingungen für eine „freiere“ Wissenschaft an der Universität zu erlangen. Eine derartige Wissenschaft ist unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen nicht möglich. Die Stoßrichtung studentischer Politik muß also gegen das System geführt sein, welches die äußeren Bedingungen für das Betreiben von Wissenschaft setzt.

Damit war die Frage der Gremien „gelöst“. Ihre Machtlosigkeit war gerade durch solche deklamatorischen Äußerungen wie durch den Widerstandsbeschluß bewiesen. Wollten die Studenten in der richtigen Einsicht, daß es um die Gesellschaft und nicht borniert um die Universität geht, ihre Arbeit fortsetzen, so mußten sie sich in eigenen unabhängigen Gruppen organisieren. Die Gremien in ihrer

vorherigen Funktion hatten ihre Bedeutung verloren.

Organisation der Basisarbeit – Absage an die Gremien

In den Monaten darauf schossen die Basisgruppen wie Pilze aus dem Boden. Die Gremien vegetierten dahin, ihr Ende, gesetzt durch das neue Gesetz, vor Augen; die Ordinarien begannen, die mittlerweile drittelparitätisch eingerichteten Fakultäten zu boykottieren, währenddessen wurden von den Basisgruppen eine Reihe

politisch aktiven Studenten hatten sich bereits im Sommersemester 69 größtenteils aus den Gremien zurückgezogen, doch wurden noch viele dort gefunden, von denen anzunehmen war, daß auch sie zur Stärkung der Basisgruppen, zum Aufbau von Arbeitskreisen und Semesterräten, hätten beitragen können. Durch die verstärkte Arbeit an der Basis wurde obendrein die Zahl der aktiv in der politischen Arbeit mitwirkenden Studenten vergrößert. Früher waren es stets nur kleine Kreise, die Strategie und Taktik in den Gremien diskutierten und dann mit fertigen Ergebnissen an die Öffentlichkeit traten in der Hoffnung, Unterstützung zu finden. Nun konnten konkrete Projekte zur Mitarbeit angeboten werden, die vor allem nicht nur auf die Hochschule beschränkt blieben, sondern sich zum Beispiel auch mit Fragen der Berufssituation und Fragen des Verhältnisses zur Arbeiterklasse befaßten.

Eine Neudefinition der Funktion der Gremien für die studentische Politik wurde nicht in Angriff genommen. Vielmehr wurde am 9. 12. 1969 vom Studentenparlament der ganz lapidare Beschluß gefaßt: „Nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes wird die Studentenschaft ihre Arbeit in den Hochschulgremien einstellen, wenn im HUG nicht mindestens die vom Senat



Archimed
der Nullenzirkel
mit der Spannzange
jetzt teleskopgefedert
durch die neue Druckmechanik
Eine Neuentwicklung von:



Informieren Sie sich **besser**
bitte beim 
guten Fachhandel **zeichnen**

C. PROEBSTER JR. NACHF.
8500 Nürnberg · Hegelstraße 18-22

von recht beachtlichen Erfolgen in der Durchsetzung von Verbesserungen an Studiengängen und Prüfungen erzielt. Dies erfolgte völlig losgelöst von den Gremien, außerinstitutionell unmittelbar am Arbeitsplatz im Hörsaal, in der Übung, im Praktikum. Die Kerngruppen der po-

am 12. 5. 1969 und vom Großen Senat am 14. 5. 1969 beschlossene Kritik an Funktion und Struktur des Gesetzes berücksichtigt werden sollte. Die Studentenschaft wird dafür Sorge tragen, daß dieser Boykott nicht passiv bleiben wird.“ Im Monat darauf wurde dem Problem des

weiteren Verbleibs in dem mehr schlecht als recht noch existierenden Gremien ein Ende bereitet. Der Verwaltungsgerichtshof Kassel setzte die Satzung der TH Darmstadt am 14. 1. 1970 außerkraft. Damit wurden auch die letzten im Senat, Großen Senat und den Fakultäten noch gebundenen Kräfte frei für die Basisarbeit.

Die studentische Politik durfte nicht länger auf die Hochschule beschränkt bleiben. Der idealistische Charakter der allseitigen Demokratisierungspolitik („Öffentlichkeit, Drittelparität“) wurde klar herausgestrichen. Die Studenten hatten in den letzten Monaten zuvor nur noch deswegen in den Gremien gesessen, weil sie auch schon vorher darin gesessen hatten. Viele wollten noch nicht so recht einsehen, warum man das, was man sich mühevoll erarbeitet hatte, dank einer besseren Einsicht und eines fortschreitenden Prozesses wieder fallen lassen sollte. — Das Urteil des VGH Kassel war fast eine Erlösung.

Das neue Gesetz

Allmählich, mit Beginn des letzten Sommersemesters wurde begonnen, zu einer Neubestimmung der Funktion der Gremien zu gelangen. Dabei wurde folgendes klar:

Studentische Politik gegenüber und in Gremien kann nicht mehr unter der Forderung nach Drittelparität und Öffentlichkeit betrieben werden. Beteiligung an den Gremien kann nur erfolgen, wenn diese der Stärkung der Arbeit an der Basis dienen kann, etwa durch Informationsbeschaffung. Die Möglichkeit, möglichst reibungslos, d. h. als Mitglied eines Gremiums, Informationen zu erhalten, kann ein Grund zur Beteiligung sein. **Aber die eigentliche Voraussetzung dafür muß eine starke Basis sein, die Kräfte freisetzen und der überhaupt die Information zugute kommen kann.**

Nur die Öffentlichkeitsforderung kann auch weiterhin aufrecht erhalten werden. Allerdings ist sie kein Selbstzweck, kein Allheilmittel für Widersprüche an der Hochschule, sie darf nicht wieder zum Fetisch werden. Außerdem ist die Forderung nach Öffentlichkeit und nichts als der Öffentlichkeit naïv und geht an den Realitäten vorbei, denn die Sitzungen der Studenten, die für die Herstellung der Öffentlichkeit zum Beispiel des Senats sorgten, fanden unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Die Forderung nach



Studentenfaktion im Großen Senat



Studentenfaktion im Kleinen Senat

1. Phase:

Durchsetzung der beiden Grundsatzforderungen (Drittelparität, Öffentlichkeit) und deren Verwirklichung auch in der sich anschließenden praktischen Mitarbeit der Studenten. Es wurde eine allseitige Demokratisierungspolitik betrieben, die als idealistisch bezeichnet werden muß, da sie einerseits die materiellen Grundlagen in den Hochschulgremien selbst außer acht ließ, zum anderen die Universität isoliert von der Gesellschaft behandelte.

2. Phase:

Zurückziehen aus den Gremien zum Zwecke der Stärkung der Basis und zur Neubestimmung studentischer Politik schlechthin. Zur

Lösung der Widersprüche in dieser Gesellschaft ist diese Gesellschaft selbst aufzulösen. Wollen also Studenten in dieser Richtung arbeiten, so muß ihre Politik tendenziell über die Hochschule hinausführen und sich Bündnispartner außerhalb der wissenschaftlichen Intelligenz suchen.

3. Phase:

Neueinschätzung der Gremienpolitik zur Unterstützung der unter Punkt 2 aufgeführten Politik. Es gilt, Informationen zu beschaffen und, nach Einschätzung der eigenen Position, unmittelbaren Einfluß auf eine Reihe von Entscheidungen, die wesentliche Auswirkungen auf die Aktivierung der Studentenschaft haben, zu nehmen.

Öffentlichkeit muß taktisch verstanden werden.

Als im Mai des Jahres nach Verabschiedung des neuen Gesetzes wieder intakte Gremien an der TH Darmstadt eingerichtet wurden, wurde auch die Studentenschaft gebeten, ihre Vertreter zu entsenden. Sie lehnte ab.

Sie ging von der Einschätzung aus, daß dadurch der Auf- und Ausbau der Basisgruppen in den Ansätzen unterbrochen worden und damit Sitz und Stimme in den Gremien zum Selbstzweck geworden wäre. Diese Einschätzung war richtig; nur wurde der damals in der Tat praktizierte Boykott der Gremien gegenüber der Studentenschaft nicht hinreichend begründet. So findet sich im AStA-INFO Nr. 23 vom 4. 5. 1970 im Artikel „Gremienspiele — ohne uns“ die Schlußfolgerung:

„Bei unserer künftigen Politik dürfen uns partielle Erfolge nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Sturz des Kapitalismus nicht durch Reformwerkeleien an den Hochschulen, sondern nur von der Arbeiterklasse herbeigeführt werden kann. Unsere Politik an den Hochschulen kann daher nur dazu beitragen, den Charakter der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse immer mehr Studenten bewußt zu machen, damit sie den Versuch der Kapitalisten, sie als konterrevolutionäres Instrument gegen die Emanzipation der Arbeiterklasse einzusetzen zu können, erfolgreich zu widerstehen in der Lage sind.“

Das sagte nichts aus über die eigentliche Einschätzung der Position gegenüber den Gremien. Weiter unten im gleichen Artikel ist der bereits genannte Beschluß des Studentenparlaments vom 9. 12. 1969 zitiert. Zweifellos war es mit diesem Hinweis leichter, die damals stattfindenden Vollversammlungen über ein Fernbleiben aus den Fakultäten zu überzeugen, doch hätten die **eigentlichen Gründe**, die Einschätzung der Gremien und der Stärke der Basis, besser herausgestellt werden müssen.

Aufgrund der Beschlüsse der Vollversammlungen war es möglich, den weiteren planvollen Ausbau der Basisgruppen voranzutreiben. Bis zum Beginn des laufenden Semesters wurde erreicht:

- Die Fixierung auf die Gremien wurde beseitigt.
- Die Überbewertung der Studentenbewegung konnte überwunden werden. Sehr viel mehr Studenten konnte die Unterordnung der Widersprüche an der Hochschule unter die der Gesellschaft verständlich gemacht werden.

Deshalb ist es konsequent, daß jetzt angesichts der bevorstehenden Konventswahlen, die eine Reihe von wichtigen Entscheidungen nach sich ziehen (zum Beispiel die Wahl eines Präsidenten auf 8 Jahre), und mit einer gestärkten Basis die Arbeit in den Gremien wieder aufgenommen wird.

Streit um den Ausländerrat

Ausländische Studenten organisieren sich

Seit längerer Zeit fordern die ausländischen Studenten an der THD eine wirkungsvolle Vertretung ihrer Interessen. Insbesondere vom Akademischen Auslandsamt fühlen sie sich immer wieder überumpelt und hintergangen. Der erste Schritt zur Interessenvertretung wurde auf einer Ausländervollversammlung im Frühjahr 70 gemacht. Damals wurde gefordert, daß die ausländischen Studenten ein Mitspracherecht bei der Stipendienvergabe bekommen sollten. Die Ausländervollversammlung wählte 7 Ausländer, die über die Stipendienanträge grundsätzlich nach sozialen und nicht nach Leistungskriterien entscheiden sollten. Dieser Kommission wurde dann die Verteilung der Stipendien übertragen.

Eine erneute Kontroverse zwischen einigen ausländischen Studentenvereinen und dem Akademischen Auslandsamt (AAA) rief die Verteilung der Mittel des AAA für kulturelle und politische Veranstaltungen hervor, die wie alle anderen Gelder vom Auswärtigen Amt kommen. Der Leiter des AAA, Prof. Naumann, meinte ziemlich demokratisch vorzugehen, indem er aus eigener Machtvollkommenheit einen Koordinierungsausschuß einsetzte, in den die Vorsitzenden der 10 größten ausländischen Studentenvereine stimmberechtigt berufen wurden. Dieser Koordinierungsausschuß sollte über die Vergabe der Mittel entscheiden.

Das wurde von vielen Ausländern nicht akzeptiert; sie forderten, daß eine Ausländervertretung die Entscheidungsbefugnisse haben sollte. Daher verstärkten sich die Bestrebungen der progressiven ausländischen Studentenvereine, eine wirkungsvolle politische Vertretung der Ausländer an der THD zu erreichen. Es fanden sich einige aktive arabische, indonesische, griechische, türkische und iranische Studenten, die eine Konzeption für eine Ausländervertretung entwickelten und auf eine Ausländervollversammlung drängten. Als progressiv kann man diejenigen ausländischen Studentenvereine bezeichnen, die trotz der Einschränkung verfassungsmäßiger Grundrechte durch das Ausländergesetz wie

- Verbot der politischen Betätigung
- Einschränkung der Freizügigkeit von Wohnungs- und Arbeitsplatzsuche
- Beschränkung der Versammlungsfreiheit
- Bedrohung durch Ausweisung

bereit sind, ihre Interessen gegenüber der Hochschule und ihre Kritik an den Verhältnissen in den Heimatländern zu

artikulieren und politisch zu manifestieren.

Als reaktionär kann man die Abspaltung derjenigen Araber vom Verein arabischer Studenten bezeichnen, die sich als „syrischer“ Studentenverein und „ägyptische“ Studentengruppe etablierten und konsequent versuchen, die Zusammenarbeit der ausländischen Studenten bzw. ihrer Vereine zu verhindern und eine wirkungsvolle politische Vertretung zu hintertreiben. Durch die Vorschläge der ausländischen Kommilitonen angeregt, forderte der Koordinierungsausschuß in Zusammenarbeit mit dem AAA alle Ausländer auf, zu einer Ausländervollversammlung zu kommen, um eine Ausländervertretung zu schaffen. Dabei hatten sich die Mitglieder des Koordinierungsausschusses informell darauf geeinigt, die Ausländervollversammlung sei beschlußfähig, wenn 15% aller ausländischen Studenten der THD anwesend seien.

Ausländervollversammlung

Zu Beginn der Ausländervollversammlung am 4. 11. 70 waren über 110 von ca. 600 ausländischen Studenten und außerdem einige Zuhörer anwesend.

Nach einer heftigen Debatte über die Tagesordnung begann man gleich die Diskussion der beiden Modelle einer Ausländervertretung, die vorgetragen wurden. Dabei zeigte sich der Vorschlag des „syrischen“ Studentenvereins als völlig unpraktikabel, da für dieses Modell sage und schreibe über 120 (das sind 20% der Ausländer) nach „Kulturkreisen“ bestimmte Vertreter notwendig gewesen wären. Denn um eine „gerechte“ Vertretung aller ausländischen Studenten zu gewährleisten, sollten diese auf „Kulturkreise“ verteilt werden, wie „Westeuropa und USA“, „Ferner Osten“, „Iran“ usw. Dem gegenüber stand ein übersichtlicherer Vorschlag, der deutlich darauf ausgerichtet war, eine funktionsfähige Ausländervertretung zu schaffen. Diese soll eine politische Basis unter den ausländischen Studenten haben und ihre Interessen, auch die materiellen, unter politischen Gesichtspunkten vertreten.

Als sie eine Abstimmungsniederlage vorhersehen konnten, zogen die Vertreter des „syrischen“ Studentenvereins und ihre Anhänger aus der Ausländervollversammlung aus. Zurück blieben ungefähr 80 ausländische Studenten.

An dieser Stelle wurde die Frage der Beschlußfähigkeit und der Rechtmäßig-

keit der Ausländervollversammlung aufgeworfen. Einige meinten, nun seien nicht mehr 15% (ca. 90) der ausländischen Studenten anwesend, und damit sei die Ausländervollversammlung beschlußfähig. Ein Mitglied des AStA erklärte daraufhin die rechtliche Situation: Da es bis jetzt keine satzungsgemäße Ausländervertretung in der Studentenschaft gibt, kann es auch keine rechtmäßige Ausländervollversammlung oder Ausländervertretung geben. Daher kann eine sich selbst bildende Ausländervollversammlung rechtlich gesehen keine bindenden Beschlüsse fassen und bedarf auch keiner Mindestzahl von Teilnehmern. Damit ist der hier zusammengekommenen Ausländervollversammlung, die wohl die größte seit langer Zeit oder überhaupt war, die Legitimation nicht abgesprochen, auch alle übrigen Ausländer zu vertreten und eine Ausländervertretung zu schaffen. Diesen Ausführungen konnte auch der anwesende Rechtsrat der THD, Oberstaatsanwalt Hofmann, keine überzeugenden Argumente entgegensetzen. Von anderen ausländischen Studenten wurde zusätzlich noch die Meinung vertreten, daß man sowieso auch nach der informellen 15% Vereinbarung beschlußfähig sei, da bei Eintritt in die Tagesordnung mehr als 15% der ausländischen Studenten anwesend gewesen seien und dies allein der Maßstab der Beschlußfähigkeit sei. Besonders scharf verurteilte ein norwegischer Student das Verhalten der syrischen Kommilitonen: Gerade die Leute, die ein demokratisches Alibi wie 15%-Klausel fordern, verlassen den Saal, wenn sie sehen, daß sie überstimmt werden. Dieses antidemokratische Verhalten einer Minderheit soll die Ausländervollversammlung nicht an der Ausübung ihrer legitimen Rechte hindern. Man fuhr in der Behandlung der Tagesordnung fort. Als erstes wurde das Statut für die Ausländervertretung nunmehr fast einstimmig verabschiedet (siehe Kasten). Anschließend wurden die Mitglieder des Ausländerausschusses — der jetzigen Ausländervertretung — gewählt:

Brundelökken (Norwegen)
 Kaya (Türkei)
 Nahawi Isam (Arabien)
 Tachtatzis (Griechenland)
 Yo (Indonesien)

Dieser Ausländerausschuß hat insbesondere die Aufgabe in Zusammenarbeit mit dem AStA die Verankerung der Ausländervertretung in der neuen Studentenschaftssatzung zu erreichen.

Art. 1 Die Ausländersektion

Alle immatrikulierten ausländischen Studenten und die Studienkollegiaten des Studienkollegs Darmstadt bilden die Ausländersektion.

Art. 2 Rechte und Pflichten der Ausländersektion

Die Ausländersektion ordnet ihre inneren Angelegenheiten selbst und vertritt die besonderen Interessen der ausländischen Studenten. Sie arbeitet unabhängig und ist nicht an Weisungen gebunden.

Art. 3 Sektionsordnung

(1) Die Ausländersektion gibt sich durch Beschluß der Ausländervollversammlung eine Sektionsordnung. Diese Sektionsordnung muß Bestimmungen enthalten über:

1. Die Zahl der zu wählenden Mitglieder des Ausländerausschusses
2. Das anzuwendende Wahlverfahren
3. Die Regelung der Sektionsarbeit

Art. 4 Die Ausländervollversammlung — Zweck und Aufgabe

- (1) Die Ausländervollversammlung ist das oberste Beschlußorgan der Ausländersektion.
- (2) Sie setzt im Bedarfsfall Ausschüsse ein.

Art. 5 Einberufung

- (1) Die Ausländervollversammlungen werden vom Ausländerausschuß mindestens zweimal im Semester einberufen.
- (2) Die Ausländervollversammlung muß einberufen werden auf Antrag von 20 Mitgliedern der Ausländersektion.

Art. 6 Beschlußfähigkeit

- (1) Die Ausländervollversammlung ist beschlußfähig, wenn sie ordnungsgemäß einberufen wird.
- (2) Stimmberechtigt sind alle Mitglieder der Ausländersektion.

Art. 7 Der Ausländerausschuß — Zweck und Aufgabe

- (1) Der Ausländerausschuß vertritt die Ausländersektion gegenüber Hochschule und Öffentlichkeit.
- (2) Er koordiniert die Arbeit der Amtsträger mit der Ausländersektion und ihrer Ausschüsse.

Art. 8 Zusammensetzung und Wahlen

Der Ausländerausschuß wird von den Mitgliedern der Ausländersektion in einer Ausländervollversammlung gewählt. Der Ausländerausschuß tagt öffentlich und kann weitere Studenten der Ausländersektion zur Mitarbeit heranziehen.

elektro- heizung

sauber
preiswert
komfortabel



Hessische
Elektrizitäts-AG

Darmstadt
HEAG-Haus
am Luisenplatz
Telefon 191-283

„Wer sind die eigentlich?“

Integration der Werkkunstschule in die THD ungewiß

Daß Umwelt schlechthin unlösbar abhängigkeit erzeugen oder perpetuieren kann, ist bekannt.

Die Geschichte des Design ist teilweise die Geschichte sozialer Utopien und als solche die Geschichte von Veränderungsprozessen.

Es gilt, die konkreten, aufklärerisch utopischen Tendenzen innerhalb des Designs zu verdeutlichen und zu realisieren, sonst wird es nur Design geben, das sich selbst und das Bestehende endlos reproduziert. Wenn die Geschichte der sozialen Utopien gleichzeitig eine Geschichte der individuellen Kreativität ist und wenn Kreativität etwas bedeutet wie prinzipielle geistige Nichtanpassung an Vorgegebenes als Chance für Veränderung und Entwicklung, ist das Programm eines Designstudiums bereits vorgezeichnet. . .

Der Definition des Begriffes Design und der Auseinandersetzung mit seiner gesellschaftlichen Funktion kommt daher über die gestalterische Arbeit am Objekt hinaus zentrale Bedeutung für den Studierenden hinzu.

Bisher wurden Fragen der Umweltgestaltung und des Design, von den Ausnahmen Bauhaus und HfG Ulm abgesehen, wenig diskutiert; an den Werkkunstschulen versuchte man sie werkelnderweise zu lösen. Das lag an der geringen Kenntnis über diese Bereiche und der damit verbundene geringen Bedeutung, die man ihnen zumaß.

Designprobleme, wie die der fortwährenden Appelle zur Konsumhedonik – von der Werbefabrik als Lehrfach der alten Werkkunstschule (WKS) unterstützt –, können nur noch interdisziplinär mit Hilfe von Psychologie und Soziologie gelöst werden. Diese Erkenntnis liegt wohl auch dem Hochschulentwicklungsplan des Landes Hessen zugrunde. Er spricht von einer Integration der WKS unmittelbar in die Universität und nicht erst in eine Fachhochschule.

„Es bestehen günstige Voraussetzungen, da hier ein breites Fächerangebot im Bereich der bisherigen Fakultät für Architektur besteht, das sich wechselseitig mit demjenigen der Werkkunstschule, auch im Bereich der Innenarchitektur und der industriellen Gestaltung, sinnvoll ergänzt und auch weiter ausgebaut werden sollte. Diese Bestrebungen zur direkten Integration stellen zugleich einen ‚Hochschulversuch‘ dar, der unterstützt werden soll.“ (Hochschulentwicklungsplan S. 52)

Im Winter 1970 kam es in dieser Angelegenheit zu Kontakten zwischen der TH und der WKS. Der erste Antrag sah eine

Diskussion im Kleinen Senat über Möglichkeiten einer Kooperation beziehungsweise einer späteren Integration der WKS in den TH-Bereich vor. Alle Senatsmitglieder wurden über die Situation der WKS und die Begründung der Integrationsforderung informiert. Der Antrag wurde vom AStA unterstützt, unter anderem weil hier eine Möglichkeit bestand, die TH auch für Nichtabiturienten zu öffnen.

Vorausgegangen war ein Gespräch mit dem damaligen Kultusminister Prof. Schütte, der diese Integration befürwortete, aber selbst keine Schritte unternahm, um nicht in die „Autonomie der Hochschule“ einzugreifen.



Als der Antrag endlich auf der Tagesordnung des Senats stand, war dieses drittelparitätisch besetzte Gremium durch das Kasseler Urteil gerade aufgelöst worden.

Anfang Mai erfolgten neue Kontakte. In einem Gespräch zwischen Vertretern der WKS und dem Direktorium der TH äußerte Prof. Guther, der die Problematik Umweltgestaltung und Design von der

HfG Ulm her kennt, daß eine Integration in den Hochschulbereich möglich sei und daß der Senat dieser Integration freundlich gesonnen sei. Über die Formalia der Integration – ob eigener Fachbereich, Eingliederung in eine Fakultät oder eigenständiges Institut – sollte eine zu bildende Kommission beraten, wobei auch die Frage der Nichtabiturienten geklärt werden sollte. Prof. Guther versprach, bei Beendigung seiner Amtszeit, seinen Nachfolger über dieses Problem zu unterrichten.

Es ist daher unverstänglich beziehungsweise ein Zeichen erschreckender Arroganz, mit welcher Unkenntnis und Überheblichkeit dieses Thema dann endlich auf einer Senatssitzung Ende September behandelt wurde. Ebenso unverstänglich erscheint die Haltung der beiden anwesenden Dozenten der WKS, die sich bei der Behandlung des Themas nicht einmal zu Wort meldeten.

Die skeptisch überhebliche Frage: Wer sind die eigentlich? schien den Professoren wichtiger als die Frage nach den Gründen des Antrags. Die meisten Senatsmitglieder waren völlig uninformatiert über das „Institut am Hochzeitsturm“, das sich von Opa's Werkkunstschule – im autoritären Schulsystem verankert – zur „Schule für Design“ mit eigener, selbstverantwortlicher Leistungskontrolle der Studenten entwickelt hat.

Erst der Einspruch des ehemaligen AStA-Kollektivist Rainer Schädlich – als studentischer Beobachter anwesend – verhinderte die endgültige Ablehnung; die Fakultät Architektur wurde beauftragt, Informationen einzuholen.

Immerhin, ein erster wenn auch kleiner Schritt zur Angliederung ist trotzdem schon getan: Seit Beginn dieses Semesters können die WKS-Studenten, auch die, die kein Abitur haben, an der TH als Gasthörer einen Teil ihres Studiums absolvieren.

An der Darmstädter Werkkunstschule (WKS) auf der Mathildenhöhe studieren 293 Studenten mit unterschiedlicher Vorbildung (ca. 60% Mittlere Reife, 40% Abitur). Studienfächer sind Innenarchitektur, Produktgestaltung und Grafik-Design. Seit etwa drei Semestern wird versucht, über die reine Handwerkskunst hinaus zu einem gesellschaftsverantwortlichen Designstudium zu gelangen.

Daß das als städtische „Höhere Fachschule“ nicht möglich ist, wurde sehr bald auch von Schütte (bis 1969 Kultusminister) erkannt. Er schlug als „Sonderlösung“ für die WKS Darmstadt eine Angliederung an die TH vor. (Die WKS Wiesbaden wird Fachhochschule, die WKS Offenbach ist Hochschule für Gestaltung, die WKS Kassel wird in die Gesamthochschule Kassel integriert.)

Wenig Zimmer - kein Geld

Wohngeldgesetz bringt nichts neues für Studenten

„700 Studenten sind in Darmstadt ohne Wohnung“, in Frankfurt seien es sogar doppelt so viele, berichtete vor wenigen Wochen das Hessische Regional-Fernsehen. Dabei hatte man dort nur die Angaben der Studentenwerke zur Verfügung, in denen lediglich die Studenten erfaßt sind, die gehofft hatten, über die Wohnraumvermittlung ein Zimmer zu bekommen. Tatsächlich also ist die Zahl der Studenten ohne Zimmer noch höher. Eine Umfrage ergab zum Beispiel, daß 46% der Architekturerstsemester in Darmstadt kein Zimmer fanden. Sie müssen daher mit dem Auto oder öffentlichen Verkehrsmitteln zwischen der Hochschule und zum Teil über eine Fahrstunde entfernten Ortschaften hin und her pendeln: Sogar aus Friedberg, Bad Soden, Aschaffenburg und Ludwigshafen kommen die Jungakademiker morgens ange-reist. Untersuchungen ergaben übrigens, daß eine Anfahrtszeit von mehr als 30 Minuten das Studium stark belastet und verlängert.

Anzahl der Zimmer, die dem Studentenwerk im Zeitraum September bis November angeboten worden sind.

	1968	1970
Darmstadt	205	98
Arheilgen	24	16
Eberstadt	18	12
Umgebung	27	22
Insgesamt	274	148

Studienanfänger Herbst 1970: 1121

Aus eben diesen Gründen nahmen in diesem Semester etliche schon zugelassene Bewerber das Studium erst gar nicht auf: Das Sekretariat weiß von Fällen zu berichten, in denen angenommene Bewerber ihre Anmeldung zurückzogen, weil sie keine Unterkunft fanden. Die Verschlechterung der Wohnraum-situation kann man auch den Unterlagen des Studentenwerks entnehmen: Das Angebot ist insgesamt um 50% zurückgegangen. Außerhalb von Darmstadt ist der Rückgang nicht ganz so stark, dort werden jedoch ohnehin nur wenige Zimmer angeboten. Die Zimmerpreise sind entsprechend der Nachfrage weiter gestiegen. Ein Vermieter wird in dieser Situation den Studenten annehmen, der am meisten zahlt.

Da eine Einschränkung des freien Wohnungsmarktes in absehbarer Zeit nicht zu erwarten ist, hatten viele Studenten auf das neue Wohngeldgesetz gehofft. Noch im Frühjahr hatte Kultusminister von Friedeburg geäußert, daß „die anstehende Novellierung des Wohngeldgesetzes zusätzlich Studenten, Schüler und Lehrlinge berücksichtigen wird, wofür sich auch die Kultusministerkonferenz einsetzen wird.“

Aber der Einsatz der KMK, falls er überhaupt stattfand, blieb erfolglos. Am 1. Januar 1971 tritt das neue Wohngeldgesetz in Kraft. Es enthält zwar einige Änderungen, doch den Studenten nützt es immer noch nichts. Alle Paragraphen, nach denen — aufgrund der Hessischen Ausführungsbestimmungen — die Studenten kein Wohngeld erhalten, sind unverändert erhalten geblieben:

§ 22.2 Wohngeld wird versagt für Wohnraum, der von den in § 4.2 Satz 2 genannten Personen verübergend benutzt wird.

§ 4.2 Satz 2 Zum Haushalt rechnen auch Familienmitglieder, die vorübergehend abwesend sind.

Und da Studenten nach der perfiden Logik der Finanzbürokratie schließlich auch nur „vorübergehend abwesend“ vom Elternhaus sind und nach Abschluß des Studiums wieder in den Schoß der Familie zurückkehren, um endlich der Mutti fachgerecht das Bügeleisen reparieren zu können, weil sie schließlich ihre Buden ja nur etwa fünf bis sechs Jahre „vorübergehend benutzen“, deshalb können Studenten eben kein Wohngeld bekommen.

Auch in Zukunft erhalten also nur die Studenten Wohngeld, die entweder verheiratet oder Vollwaisen sind oder eine abgeschlossene Berufsausbildung haben und gleichzeitig ihr Studium aus Studienförderung und eigener Arbeit selbst finanzieren.

In den Wohnheimen des Studentenwerks können Studienanfänger ebenfalls keinen Platz finden. Die Mindestwartezeit für Einzelzimmer beträgt in Darmstadt 4 Jahre, im Wohnheim Nieder-Ramstädter-Straße sogar 6 Jahre. Mit etwas Glück kann man also wenigstens die Diplom-Arbeit noch im Wohnheim schreiben.

In dieser verfahrenen Situation kam Oberbürgermeister Engel die, wie er meint, rettende Idee. Er erlaubte den Mietern des Gemeinnützigen Bauvereins, an Studenten zu vermieten. Der Bauverein hielt es jedoch nicht für notwendig, seine Mie-

ter über den Beschluß zu informieren. „Die Information unter den Mietern funktioniert auch so sehr gut.“ Im übrigen hat der Bauverein kein sonderliches Interesse, daß sehr viele Anträge zur Untervermietung gestellt werden, da damit Mehrarbeit verbunden ist. „Als Gemeinnütziger Verein verfügen wir nur über einen beschränkten Etat.“ Wie von anderer Seite (z. B. im Südhessen-Spiegel) schon vermutet, war die Entscheidung des Vorstandsmitgliedes Engel politischer Natur. Weder vor noch nach dieser Vorstandssitzung untersuchte der Bauverein, ob dieser Beschluß überhaupt sinnvoll ist, das heißt, ob und wieviele Wohnungen er vermietet, die für eine Untervermietung an Studenten in Frage kommen. Bisher hat sich auch noch kein Mieter gemeldet. Im Frühjahr wies von Friedeburg mit Stolz darauf hin, daß durch Neubauten die Kapazität der TH bis zum Herbst um 2000 Studienplätze erhöht werde. Aber diese Zahl ist Augenschwermerei, wenn nicht gleichzeitig genügend Wohnraum für Studenten zur Verfügung steht.

Der private Zimmermarkt ist längst erschöpft und die Stadt ist nicht bereit, ihre unrentablen, zum Teil leerstehenden Hotels zur Verfügung zu stellen. Es bleibt also nur der staatliche Wohnheimbau. Der Senat und der Verwaltungsrat der TH hatten schon vor längerer Zeit gefordert, für jeden neuen Studienplatz einen Wohnheimplatz zu bauen. Als vor einigen Wochen Bundesminister Leussink in Darmstadt war, wies ihn Rektor Lingenberg auf die Wohnmisere der darmstädter Studenten und auf den Senatsbeschluß hin. Leussink zeigte wenig Verständnis: „Das ist ein sehr dummer Beschluß!“

Wer bekommt Wohngeld?

1. Das Wohngeld wird nicht mehr nach der Quadratmeterzahl, sondern nach der Miethöhe berechnet. Es liegen weiterhin Höchstmieten fest, doch stieg der Höchstsatz für einen Alleinstehenden von etwa DM 112,— auf DM 190,—.
2. Die Einkommensgrenze hat sich von DM 9000,— auf DM 9600,— und für jedes weitere Familienmitglied von DM 1800,— auf DM 2400,— erhöht. Außerdem werden die Möglichkeiten erweitert, die Einkommensgrenze zu erhöhen.

Von der Ingenieurschule zur Fachhochschule

Das Fachhochschulgesetz tritt nächstes Jahr in Kraft

Am Donnerstag dem 5. 11. 1970 beschlossen die Studenten der Staatlichen Ingenieurschulen für Maschinenwesen und für Bauwesen in Darmstadt einen Vorlesungstreik bis einschließlich Mittwoch, den 11. 11. 1970. In fast allen anderen Ingenieur-Schulen in Hessen wurde ebenfalls gestreikt.

Der Anlaß war ein „Vorentwurf für eine Allgemeine Rahmenprüfungsordnung für Fachhochschulen“ der Kultusministerkonferenz (KMK), der alle bisherigen Reformbemühungen in Hessen in Frage stellt.

Um die Problematik dieses Entwurfes zu verstehen, ist es notwendig, rückblickend die Entwicklung der letzten Semester an den Ingenieur-Schulen in Hessen zu betrachten.

Im Sommersemester 1969 hatten fast alle Ingenieur-Schulen in der BRD das Semester abgebrochen.

Die Forderungen waren damals:

- Integration der Ingenieur-Schule in den Hochschulbereich
- Zuerkennung der Rechtsform der Körperschaft des öffentlichen Rechts für die Fachhochschulen
- paritätische Beteiligung der Studenten an den Entscheidungen der Fachhochschulen
- Schaffung einer 12-jährigen rein schulischen Vorbildung als Eingangsvoraussetzung für die Fachhochschule
- Zurücknahme des Ordnungsrechts.

Im Wintersemester 69/70 wurden die Ingenieur-Schulen in Hessen vom Kultusministerium (Möller-Erlaß vom 18. 11. 69) aufgefordert, sich bis zum 15. Januar 1970 schriftlich zu Grundsätzen der Studienreform zu äußern.

In diesem Erlaß waren Vorschläge zur „Freizügigkeit des Studiums“, zu „Studiengängen und Studienplänen, Arbeitsnachweisen und Prüfungen“ enthalten.

Auf Grund dieses Erlasses wurden Arbeitskreise aus Studenten und Dozenten gebildet, die sich mit diesen „Grundsätzen zur Studienreform“ befaßten und ihre Stellungnahme dem Kultusministerium schriftlich einreichten.

Am Anfang des Sommersemesters 1970 teilte der Kultusminister per Erlaß mit, daß er diese „Anregungen zur Vorbereitung der Studienreform sorgfältig geprüft“ habe und „bittet“ die Schulen mit Beginn des Sommersemesters die Studienreform einzuleiten. (Dieser Erlaß vom 17. 3. 70 wurde durch einen Erlaß vom 23. 4. 70 ab Ziffer 6 etwas abgeändert.)

Für die Verwirklichung der Studienreform

sollen nach diesem Schreiben folgende Grundsätze gelten:

„Das Studium wird in ein Haupt- und Grundstudium gegliedert, das nach drei Jahren zu einem berufsqualifizierenden Abschluß führt.

Die Studienprogramme umfassen Pflichtfächer, Wahlpflichtfächer und Wahlfächer. Die Formen der Lehrveranstaltungen sind: Vortrag, Übung, Seminar und Sonderveranstaltungen. Das Schwergewicht der Lehrveranstaltungen liegt bei den Übungen, Seminaren und Praktika. Der Arbeit in kleineren Gruppen soll besondere Bedeutung zukommen. Die Ingenieur-Schulen stellen Studienprogramme auf, die der Genehmigung des Kultusministers bedürfen.

Art und Reihenfolge der Lehrveranstaltungen werden vom Studenten frei gewählt, sofern nicht eine Lehrveranstaltung eine andere voraussetzt.

Jeder an einer staatlichen Ingenieur-Schule seiner freien Wahl eingeschriebene Student hat das Recht,

- sein Studium an einer anderen staatlichen Ingenieur-Schule in der gleichen Fachrichtung fortzusetzen oder
- sein Studium nach Abschluß des Grundstudiums an der gleichen oder anderen staatlichen Ingenieur-Schule in einer anderen Fachrichtung fortzusetzen.

Das Recht auf freie Wahl des Studienortes oder der Lehrveranstaltungen kann in Ausnahmefällen eingeschränkt werden, wenn aus kurzfristig nicht zu beseitigenden Umständen räumlicher, personeller oder organisatorischer Art, die Zahl der vorhandenen Studienplätze mit Rücksicht auf den zu erfüllenden Lehrauftrag der Ingenieur-Schule nicht vergrößert werden kann.

Über die erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten legt der Student während seines Studiums Studienergebnisse vor. Studienergebnisse sind schriftliche, planerische, konstruktive oder experimentelle Arbeiten und Leistungen in Lehrveranstaltungen und Fachgesprächen.

Die Dozenten legen im Einvernehmen mit dem zuständigen Arbeitskreis zu Beginn des Semesters fest, welche Leistungen bei den einzelnen Studienergebnissen vorausgesetzt werden. Aufgrund dieser Studienergebnisse wird je Fach ein Schein erteilt, wenn die Studienergebnisse des Faches insgesamt mindestens mit „ausreichend“ benotet werden können.

Die Scheine des Grundstudiums sollen

nicht differenziert benotet werden. Die Zwischenprüfung gilt als bestanden, wenn alle Scheine des Grundstudiums erworben worden sind.

Die Scheine des Hauptstudiums sollen differenziert benotet werden. Damit die Hauptscheine als Teil der Abschlußprüfung im Vergleich zur Hochschule gewertet werden können, soll im Verlauf des Studiums in einem Fach eine schriftliche Klausur enthalten sein. Der zweite Teil der schriftlichen Abschlußprüfung ist die Ingenieurarbeit. Der mündliche Teil der Abschlußprüfung besteht aus einem Kolloquium über das Thema der Ingenieurarbeit.

Bis zur Errichtung der Fachhochschule werden an den Ingenieur-Schulen Arbeitskreise gebildet, denen Dozenten und Studenten angehören. Die Zahl der Vertreter der Studenten beträgt 50% der Zahl der Vertreter der Dozenten. Die Arbeitskreise beraten und beschließen über alle die Durchführung der Studienreform betreffenden Fragen.“

Das war der Stand der Studienreform, als am 17. 10. 70 den Direktoren der Ingenieur-Schulen der Vorentwurf einer „Allgemeinen Rahmenprüfungsordnung für Fachhochschulen“ vorgelegt wurde. Dieser Rahmenprüfungsentwurf ist weder dem SVI (Studentenverband Deutscher Ingenieurschulen; seit einiger Zeit umbenannt in Verband der Studentenschaften an Fachhochschulen und Höheren Fachschulen) noch der Studentenschaft zur Diskussion vorgelegt worden und konnte erst über Umwege besorgt werden. Es hatte sich hier wie oft schon früher gezeigt, daß die KMK nicht bereit ist, auf die Vorschläge der Studenten einzugehen.

Die wichtigsten Punkte dieser Vorlage sind:

Durch den § 2 wird die Vor- und Abschlußprüfung, die bereits in Hessen abgeschafft worden ist, wieder eingeführt. Nach § 4 soll ein Prüfungsausschuß aus dem Lehrkörper des zuständigen Fachbereichs bestellt werden. Damit ist jede Beteiligung der Studenten an diesem Prüfungsausschuß ausgeschlossen.

Gleichzeitig hat der Prüfungsausschuß nach § 4 Abs. 3 die Aufgabe, Anregungen zur Reform der Studienpläne und Prüfungsordnung zu geben. Damit wird er gleichzeitig zum Studienreformausschuß ohne Beteiligung der Studenten.

In § 6 wird das alte Notensystem in aller Perfektion wieder eingeführt.

Fachhochschulgesetz

Parallel zu den „Grundsätzen zur Studienreform“, die die „Überführung der Ingenieur-Schulen und Höheren Fachschulen in die Fachhochschule“ ermöglichen sollen, liefen die Beratungen und Lesungen des Fachhochschulgesetzes (FHG).

Am 25. 7. 70 wurde das FHG verabschiedet. Es tritt am 1. 8. 71 in Kraft.

Nach dem FHG wird in Darmstadt eine Fachhochschule mit den folgenden Fachbereichen gegründet (§ 43):

1. Architektur
2. Bauingenieurwesen
3. Maschinenbau
4. Elektrotechnik
5. Chemische Technologie
6. Sozialpädagogik
7. Pädagogik
8. Mathematik, Naturwissenschaften und Datenverarbeitung
9. Sozial- und Kulturwissenschaften.

Übergeleitet werden in die Fachhochschule Darmstadt (§ 44):

1. die Staatliche Ingenieur-Schule für Bauwesen Darmstadt,
2. die Staatliche Ingenieur-Schule für Maschinenwesen Darmstadt,
3. die Staatliche Chemieschule Darmstadt,
4. das Pädagogische Fachinstitut Jugenheim,
5. die Staatliche Höhere Fachschule für Sozialpädagogik Darmstadt.

Die Fachhochschulen unterstehen der Aufsicht des Kultusministers und sind rechtsfähige Körperschaften des öffentlichen Rechts. Sie verwalten ihre Angelegenheiten nach Maßgabe der Gesetze in eigener Verantwortung unter der Aufsicht der Länder.

Die zentralen Organe der Fachhochschule sind:

1. der Rektor
2. der Konvent
3. der Rat.

Der Rektor leitet und vertritt die Fachhochschule. Er ist Vorsitzender des Rats. Der Rektor kann den Beschluß eines Organs der Fachhochschule oder eines Fachbereichs beanstanden. Die Beanstandung hat aufschiebende Wirkung. In dringenden Fällen kann der Rektor vorläufige Maßnahmen treffen.

Der Konvent wählt den Rektor und den Prorektor mit der Mehrheit seiner Mitglieder in geheimer Wahl.

Der Konvent setzt sich aus den Vertretern der Fachhochschullehrer und sonstigen Lehrer, den Vertretern der Studen-

ten und sechs Vertretern der weiteren Bediensteten zusammen. Die Zahl der Studentenvertreter beträgt 50% der übrigen Mitglieder.

Außer der Wahl des Rektors und des Prorektors berät und beschließt der Konvent über alle Angelegenheiten der Fachhochschule von grundsätzlicher Bedeutung,

An den Hochschulen in Rheinland-Pfalz z. B. können die Ingenieurstudenten in allen Fächern zum Studium zugelassen werden.

Bis zum Inkrafttreten des FHG bestellt der Kultusminister für jede öffentliche Fachhochschule Beauftragte für das Amt des Rektors und Prorektors.

Kein Rektor wird gekürt

In Darmstadt fand die Wahl für diese Beauftragten am 23. 11. 70 statt. Herr Kröhnert, Sprecher des Personalrates der SIS (Staatl. Ingenieurschule für Maschinenbau), rief schon vorher alle die Dozenten zusammen, die auf der fragwürdig gewordenen hohen Ebene dieses exquisiten Herrenclubs in den abgelauenen Jahren auch an der Bildungsmisere mitgearbeitet haben.

Und sie kamen, bis auf jene, die man nicht rechtzeitig antraf oder antreffen wollte. Und die zerzausten Veteranen werkelten nach langgeübter Tradition in scheinheiliger Einstimmigkeit an der Wahl zum Rektor.

Sie fanden einen Kandidaten, tüftelten eine Einladung aus; die nichts über die Wahl verriet, und waren zufrieden, weil man sich einschwor, kein Protokoll nach Außen zu verkünden.

Es war ein Marsch auf Umwegen, ehe den AstA das schlechtgehütete Papier erreichte. Und während die Kröhnert-Crew sich über ihren Coup freute, stellten die Studentenschaft und die verkrohnerten Dozenten einen Gegenkandidaten auf.

Noch mehr Licht in die Affäre brachte die Tatsache, daß die Arbeiter und Angestellten zufälligerweise nicht vom planenden Personalrat, sondern der Studentenschaft zur Rektorwahl eingeladen wurden. Die Vertreter des Personalrates, eingestimmt von Dr. Krautkrämer, taktierten wie immer: Ihnen fiel nichts anderes ein, als mit allen formaldemokratischen Mitteln zu versuchen, die Versammlung zu sprengen. Selbst ihre eigene manipulierte Einladung mußte herhalten, um die uniformierten Sozialpädagogen für ihre fadenscheinigen Argumente breitzuklopfen. Nach fünfständigem autoritären Geschrei wurden die Kandidaten der Studentenschaft, Herr Ackermann und Herr Wagner mit großer Mehrheit als Beauftragte für das Amt des zukünftigen Rektors bzw. Prorektors gewählt.

Zurück blieben der Personalrat und ein Personalratsgeschädigter: der Kandidat Dr. Weber.



soweit keine anderen Organe dafür zuständig sind.

Der Rat besteht aus dem Rektor als Vorsitzender, dem Prorektor als stellvertretender Vorsitzender, den Fachbereichsleitern, sechs vom Studentenparlament gewählten Vertretern der Studenten, einem Vertreter der weiteren Bediensteten und dem Verwaltungsdirektor mit beratender Stimme.

Zu den Aufgaben des Rats gehört die Koordinierung der Lehr-, Studien- und Prüfungsangelegenheiten der Fachbereiche, der Entwurf des Haushaltsvoranschlags nach § 11 des Hochschulgesetzes, die Zuweisung der Personalstellen und Sachmittel an die Fachbereiche und die Genehmigung der Geschäftsordnung der Fachbereiche.

Das FHG regelt auch den Übergang von einer Fachhochschule zu einer anderen Hochschule.

Nach § 30 ist jeder Fachhochschul-Student, der die Abschlußprüfung bestanden hat, berechtigt, an einer anderen Hochschule weiterzustudieren. Der aufnehmende Fachbereich bestimmt, in welchem Umfang ein Studium an der Fachhochschule auf das Studium an einer anderen Hochschule anzurechnen ist.

In einigen anderen Bundesländern wurde den Absolventen von Ingenieurschulen und gleichrangigen Bildungseinrichtungen die Hochschulreife schon vor Inkrafttreten des FHG zuerkannt.

Entwicklungshilfe - für wen?

Das Cabora-Bassa-Projekt festigt den Sklavenstatus der Ostafrikaner

I. Die Ausbeutung Mozambiques im 20. Jahrhundert

Vermietung von mozambiquischen Minenarbeiter an Transvaal, Süd-Afrika und Rhodesien

Als auf der Berliner Konferenz 1884/85 Afrika an die europäischen Großmächte verteilt wurde, konnte Portugal als neutraler Staat seine Kolonialgebiete behaupten, darunter auch Mozambique. Die Großmächte untersagten auf dieser Konferenz das sklavenhalterische prazo-System in Mozambique, da die Sklaven in den umliegenden Kolonien als „freie“ Lohnarbeiter benötigt wurden. Anstelle des prazo-Systems wurde ein neues Ausbeutungssystem eingeführt in Anlehnung an die von Cecil Rhodes gegründete South Africa Chartered Company. Die portugiesische Kolonialregierung gab ihre Aufgaben und Privilegien wie Administration, Steuereinzahlung, Rekrutierung von Arbeitskräften und Polizisten, Vergabe von Prospektionsrechten und Rechtsprechung an private Gesellschaften ab, die dafür eine Pauschalsumme an die portugiesische Regierung abführten. Der größte Teil des Aktienkapitals wurde für militärische Zwecke verwandt.

Kopfsteuer für Eingeborene

1910 wurde Mozambique von drei großen Gesellschaften beherrscht: der Mozambique Company, die von britischem und französischem Kapital getragen wurde und für sich das ganze Territorium der Provinz Manica e Sofala beanspruchte; der Nyassa Company, die das Gebiet der Provinz Nyassa beanspruchte und hauptsächlich von britischem, außerdem von deutschem und französischem Kapital getragen wurde; der ebenfalls britischen Ibo Syndicate, die weniger Rechte als die beiden anderen besaß und auch über ein kleineres Gebiet verfügte.

Die wichtigste Einnahmequelle dieser Gesellschaften war die Kopfsteuer der Eingeborenen. Diese Steuern mußten in Geld, nicht in Naturalien wie in den traditionellen Gesellschaften, bezahlt werden. Dadurch wurden die Afrikaner gezwungen, entweder als Lohnarbeiter bei Weißen oder durch Verkauf eigener Agrarprodukte Geld zu verdienen. Der Anbau von Produkten zum Verkauf wurde von den Gesellschaften und vom Staat weitgehend eingeschränkt, da Arbeiter für die Plantagen, nicht aber unabhängige Kleinbauern gebraucht wurden, oder der private Anbau wurde in ein neues Ausbeutungsschema integriert wie der Zwangsanbau von Baumwolle.

Parallel zum Agrarkapitalismus in Mozambique entwickelte sich in den benachbarten englischen Kolonien die Bergbauindustrie: Goldminen in Südafrika, Kupferminen in Rhodesien.

Außer durch die Kapitalverflechtungen und die fremden Verkehrswege im Land wurde Mozambique auch durch die Rekrutierung von Arbeitskräften für den entstehenden Bergbau an die Kolonialmächte der umliegenden Staaten gebunden. Zwischen der portugiesischen Regierung und zuerst der Regierung von Transvaal, später der der Südafrikanischen Union, wurden Verträge „bezüglich der Eingeborenen, der Eisenbahnen, des Handels und der Zölle“ abgeschlossen, in den Jahren 1897, 1901, 1909, 1928, 1934, 1936, 1940. Sie haben bis heute Gültigkeit, abgesehen von leichten Modifikationen der Prozentzahlen. Darin wurde festgelegt, daß die Witwatersrand Native Labour Association – die südafrikanische Association zur Anwerbung von Minenarbeitern – das Recht habe, minimal 65 000, maximal 100 000 afrikanische Bauern aus Mozambique als Grubenarbeiter in den südafrikanischen Minen anzuwerben. Pro Kopf der rekrutierten Arbeiter erhält die portugiesische Regierung ca. DM 25,-. Außerdem wird die Hälfte des Arbeitslohnes an die portugiesische Regierung ausgezahlt. Die Arbeiter erhalten ihren vollen Lohn erst nach ihrer Rückkehr nach Mozambique, wenn die Steuern abgezogen wurden. Die Einnahmen aus dem Verkauf der Arbeitskräfte machen etwa 2% des Staatseinkommens von Mozambique aus. Als Gegenleistung für die Versorgung mit Arbeitskräften verpflichtet sich die südafrikanische Regierung, ca. 50% ihres gesamten Exports über mozambiquische Häfen abzuwickeln, das heißt, die portugiesische Regierung verdient doppelt an der Vermietung von Minenarbeitern. Die Gebühren für die Benutzung der Eisenbahnen und der Häfen sind eine wichtige Einnahmequelle des Staates. Insgesamt bilden sie und die Einnahmen für die Wanderarbeiter nach Südafrika 50% des Staatsbudgets. Die Abhängigkeit von diesen Einnahmen erklärt, warum auch in den neuesten Entwicklungsplänen für Mozambique der Ausbau des Verkehrsnetzes und der Häfen mit an erster Stelle steht.

Die offizielle Höchstzahl von 100 000 mo-

„Allerlei linke Kreise haben ja in dieser Sache lamentiert, ohne sich sonderlich über Gründe und Hintergründe zu informieren. Und auch der Entwicklungsminister Eppler, der es eigentlich besser wissen müßte, sprach von dem Staudamm als einem ‚Bollwerk der weißen Vorherrschaft im südlichen Afrika‘. Man braucht über die Rolle der Weißen in Südafrika überhaupt nichts zu wissen, sondern nur die Logik beanspruchen, um sich zu fragen, was denn hier ein Bollwerk sein soll. Das Gerede von dem Bollwerk, das immer wiederkehrt, beruht auf Schwachsinn. Der Damm am Sambesi ist keine Festungsmauer sondern ein Staudamm...“
(CDU-Organ ‚Deutsches Monatsblatt‘ 9/1970 zum Cabora-Bassa-Staudamm)

zambiquischen Minenarbeitern in Südafrika ist viel zu niedrig. Zeitweilig sind bei Erhebungen dreimal soviel festgestellt worden. Sie kommen illegal, allerdings mit aktiver Unterstützung der südafrikanischen Native Labour Association, die eigens ausgebildete Anwerber nach Mozambique schickt. Offiziell dürfen sie nur im Süden Mozambiques bis zum 22. Breitengrad rekrutieren. In der Mitte der 50er Jahre stammten $\frac{3}{4}$ aller Grubenarbeiter in Südafrika aus Mozambique. Sie werden von den Minenverwaltungen bevorzugt genommen, da sie im Gegensatz zu den Wanderarbeitern aus Botswana, Lesotho und Swaziland, die den Rest der Arbeitern stellen, Kontrakte über 2 Jahre – seit den 20er Jahren über 18 Monate – eingehen und auch erhalten. Auf Grund der traditionellen Arbeitsteilung in ihren Gesellschaften, bei der die Frauen den größten Teil der Feldarbeit leisten, ist es für die Männer möglich, längere Zeit von zu Haus fort zu sein, ohne daß die Zurückgebliebenen verhungern.

Das gilt allerdings nur für günstige Jahre, bei Mißernten entstehen große Hungersnöte. Ein anderer Grund für ihre Beliebtheit bei den Arbeitsgebern ist die Tatsache, daß sie keine Kosten für soziale Leistungen verursachen. Es gibt für sie weder eine Krankenversicherung noch eine Altersversorgung, wie sie – rudimentär und völlig ungenügend – für südafrikanische Arbeiter besteht.

Wegen der Unmenschlichkeit der Arbeitsbedingungen in den Gruben hat sich seit der Pionierphase kaum etwas geändert, allerdings wird heute nichts über die Zahl der Opfer veröffentlicht. Die offizielle Statistik gibt für die Zeit vor 1902 81 166 Tote in den Gruben an, für die Zeit von 1902–14 43 484 Tote. Dabei wurden nur die gezählt, die tot am Arbeitsplatz umfielen, nicht die Menge der Arbeiter, die nach ihrer Rückkehr aus Erschöpfung starben. Außer nach Südafrika liefert Mozambique auch Arbeitskräfte nach Rhodesien in die Kupferminen. Die offizielle Zahl lautet 40 000.

Zwangsarbeit für Eingeborene

Infolge der starken Abwanderung in die Bergbauggebiete der umliegenden Länder wurden die Arbeitskräfte auf den Plantagen in Mozambique knapp. Als selbst die Erhöhung der Kopfsteuer die Afrikaner nicht veranlaßte, in genügender Zahl Lohnarbeiter zu werden, führte die portu-



Hafenarbeiter in Beira, Mozambique

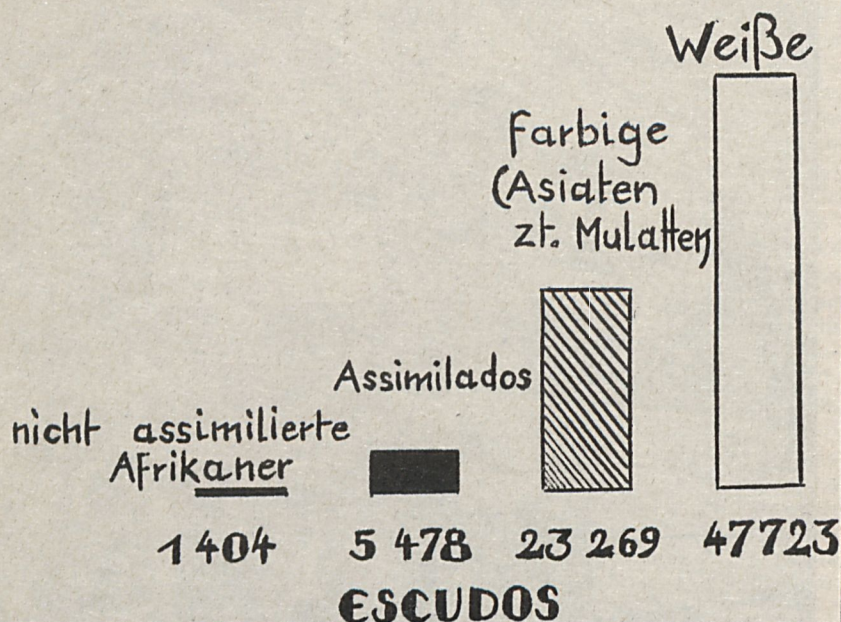
giesische Regierung 1899 das Zwangsarbeitssystem ein, um den Bedarf an Arbeitskräften für die Weißen zu decken. Die portugiesische Regierung geht davon aus, daß alle Afrikaner arbeitslos sind, solange sie nicht bewiesen haben, daß sie pro Jahr 6 Monate Lohnarbeit bei privaten oder staatlichen Unternehmen abgeleistet haben, oder im Besitz von 50 Stück Vieh sind. Können sie das nicht, werden sie beliebig in irgendwelchen Teilen des Landes für öffentliche oder private Arbeiten eingesetzt gegen Bezahlung eines Minimallohnes. Der Besitz von 50 Stück Vieh ist unter den bestehenden Besitzverhältnissen für Afrikaner faktisch kaum möglich. Seit 1961 ist der Einsatz von Zwangsarbeitern offiziell nicht mehr erlaubt, wird in der Praxis aber noch durchgeführt. Das Recht der Rekrutierung liegt in der Hand untergeordneter Verwaltungsbeamter, die so niedrig bezahlt werden, daß sie leicht korrumpierbar sind.

Von den Portugiesen wird der Arbeitskräftemangel interpretiert als Arbeitsscheu und Faulheit der Eingeborenen.

Demzufolge wird die Zwangsarbeit als Erziehungsmaßnahme deklariert. Die letzten Erlässe gegen die „Faulheit der Eingeborenen“ wurden 1942 und 47 verabschiedet.

Auf Grund der Wanderarbeit, der Zwangsarbeit und der „freiwilligen“ Lohnarbeit sind ständig über 50% der arbeitsfähigen männlichen Bevölkerung von zu Hause abwesend. Die Afrikaner sind also auf Grund ihrer objektiven Situation gar nicht in der Lage, als selbständige Bauern für den Verkauf zu produzieren. Das wird ihnen von der portugiesischen Regierung als Mangel an Intelligenz und Initiative ausgelegt. Auf der anderen Seite werden alle Versuche zur Gründung von Genossenschaften in dem Augenblick von offizieller Seite unterdrückt, wo eine wirtschaftliche Emanzipation befürchtet wird. Nicht einmal der Aspekt, mit dem Cabora-Bassa-Damm die Felder zu bewässern, ist für die Afrikaner von Nutzen, zumal das Gebiet, das damit bewässert werden kann, hauptsächlich schon von Weißen besiedelt ist und im Rahmen des Dammbaus noch besiedelt wird.

DER JAHRESLOHN FÜR LANDARBEITER



sönliche Dienstleistungen stehen 150 000 Afrikaner zur Verfügung.

Der große Anteil am Dienstleistungssektor ist gewöhnlich charakteristisch für hochindustrialisierte Gesellschaften. In diesem Fall weist er jedoch hin auf die starke Abhängigkeit der Wirtschaft Mozambiques von den umliegenden Staaten, in bezug auf Verkehr- und Transportwesen. Das große Heer der Dienstboten macht den parasitären Charakter der weißen Kolonialherren deutlich.

II. Die portugiesische „Rassenintegration“

Die Herrschaft der weißen Einwanderer

Nach dem 1. Weltkrieg erhöhte sich die Zahl der weißen Einwanderer. Vor allem kamen Deutsche aus den ehemaligen deutschen Kolonien Tanganjika und Südwestafrika und ließen sich als Pflanzer nieder.

In dieser Zeit sind die Weißen in Mozambique zum großen Teil Unternehmer, Händler und Verwaltungsbeamte. Die Besitzer der großen Plantagen leben meist in den Städten oder in Europa.

Das Regime Salazar versuchte eine systematische Besiedlung der afrikanischen Kolonien. Seit dem Ende des 2. Weltkrieges erhöhte sich die Zahl der Weißen in Mozambique von 18 000 auf 80 000. Die neuen Immigranten waren vor allem Landarbeiter und arme Bauern aus Portugal, die der Arbeitslosigkeit und Verelendung im Mutterland entgehen wollten. Die Absicht der portugiesischen Regierung ist: „... wir wollen, das ist sicher, daß sich die größtmögliche Zahl von weißen Familien aus der Metropole im Limpopo-Tal ansiedelt, verwachsen mit der Erde, Besitzer des Bodens, den sie bearbeiten...“ (Ansprache zur Einweihung des Staudamms des Colonato do Limpopo). Die Gebiete in Afrika sollen zu Siedlungskolonien werden, die Weißen sollen „Heimatrecht“ erwerben und das Land gegen die Afrikaner verteidigen. Zu diesem Zweck wurden mit großem finanziellen Aufwand Colonatos in neukultierten Gebieten angelegt. Das sind kleinere Siedlungsprojekte von der Art, die in größerem Maßstab für das durch den Cabora-Bassa-Staudamm zu kultivierende Land geplant sind. Gemäß der portugiesischen Propaganda von der Rassenintegration sollen die Siedlungen von Weißen und Schwarzen bewohnt werden. Allerdings erhalten die Weißen und Assi-

Produktion und Export

Die wichtigsten Exportgüter sind Baumwolle, Caju-Nüsse, Zucker, Tee, Sisal und Kopra.

Baumwolle wird im Zwangsanbausystem produziert, d. h., die afrikanischen Bauern werden gezwungen, 1,25 ha ihres knappen Landes mit Baumwolle zu bepflanzen. Die Ernte wird zu festgesetzten Preisen unter Marktniveau von großen Konzessionsgesellschaften, die mit staatlichen Stellen zusammenarbeiten, abgekauft. Bei Mißernten gehen die Bauern leer aus und können sich nicht ihren notwendigen Lebensunterhalt beschaffen, da sie auf dem ihnen verbliebenen Land nicht genügend Lebensmittel produzieren können. Sabotage der Baumwollernte wird blutig bestraft.

Die Agrarstruktur Mozambiques ist fast nur auf Rohstoffproduktion und damit auf Export eingestellt. Wichtige Lebensmittel wie Getreide, Milch, Fische, Öl und Weine werden aus Portugal eingeführt. Sie dienen allerdings hauptsächlich zur Versorgung der weißen Bevölkerung. Die Lebensmittelimporte aus Portugal machen 10,5% des Imports aus.

Der Anteil agrarischer Produkte am Export beträgt 80%. Am Bruttosozialprodukt des Landes ist die Agrarproduktion nur mit 23,4% beteiligt.

Das Bruttosozialprodukt

Die verschiedenen Sektoren sind am Bruttosozialprodukt (BSP) folgendermaßen vertreten:

25% des BSP entfallen auf die Produktion von Rohstoffen, davon 1,6% auf mineralische Rohstoffe. Dieser Prozentsatz wird sich wesentlich erhöhen, wenn – wie geplant – die Ausbeutung der reichen Rohstoffquellen (Kohle, Eisenerz, Asbeste, Bauxite, Gold, Uran und Silber) durch die internationalen Firmen stattfindet.

10% des BSP entfallen auf die verarbeitende Industrie: 1961 gab es insgesamt 1462 Betriebe, die 68 000 Arbeiter beschäftigten. Es handelt sich dabei vor allem um Nahrungsmittel- und Veredelungsbetriebe für die agrarischen Rohprodukte. Diese Fabriken gehören teilweise den Großplantagen. Andere wichtige Betriebe gehören den portugiesischen Konzernen CUF und der Champalimaud Gruppe. Sonst gibt es noch einige südafrikanische Unternehmen.

65% entfallen auf den Dienstleistungssektor. Im Verkehr- und Nachrichtenwesen sind 16 000 Menschen angestellt, in Bauwirtschaft- und Versorgungsbetrieben 19 300. Für per-

milados (europäisierte Afrikaner) doppelt so viel Land zugewiesen wie die Afrikaner und im Gegensatz zu diesen fertige Häuser und Kredite zur Anschaffung von Geräten und Maschinen. In einem der beiden bestehenden Colonatos hat sich bereits eine Klasse von weißen Kapitalisten, die schwarze Lohnarbeiter beschäftigen, herausgebildet.

Die Assimilados

Ein Assimilado ist ein europäisierter Afrikaner und hat, um die sozial besser gestellte Schicht der Assimilierten aufzürücken, vier Forderungen zu erfüllen:

- Er muß fließend Portugiesisch schreiben, lesen und sprechen können.
- Er muß seine Familie ernähren.
- Er muß ein „gutes“ polizeiliches Führungszeugnis haben.
- Er muß eine derartige Erziehung genossen und solche Gewohnheiten haben, von denen die portugiesischen Kolonialherren meinen, daß es von Nutzen sein kann, ihm die öffentlichen und bürgerlichen Rechte zu gewähren.

Aus diesen Vorbedingungen und aus der Unmöglichkeit für 99% der Afrikaner, diese Bedingungen überhaupt theoretisch

grationssysteme legt die Rassendiskriminierung vollends offen: Denn, um diese Qualifikation erfüllen zu können, muß man weitaus „zivilisierter“ sein als die meisten der weißen Einwanderer. 40% der Bevölkerung Portugals sind Analphabeten und die meisten der Immigranten hatten erst in Mozambique die ausreichenden Mittel, um eine Familie zu ernähren. Außerdem ist das Konzept der „Assimilation“ auch ohne diese absurden Bestimmungen rassistisch, denn es enthält keine Anerkennung des Afrikaners als Afrikaner.

Die Rassendiskriminierung im Sozial- und Bildungsbereich

Die europäischen und asiatischen Siedler bewirtschaften ohne diese kleinen und mittleren Bauernhöfe der Colonatos 4 Millionen Morgen, das ist für 2% der Gesamtbevölkerung über ein Drittel des Gesamtgebietes. Dagegen bewirtschaften die Afrikaner, 97% der Gesamtbevölkerung, gerade 7 Millionen Morgen. 60% der agrarischen Exportprodukte werden auf Großplantagen weißer Siedler angebaut.

Über das Arbeitsrecht geben auch die Löhne Auskunft (siehe Grafiken).

Das Schul- und Bildungswesen dient ebenfalls zur Unterstützung des portugiesischen Herrschaftsanspruchs und zur rassistischen Diskriminierung. Daraus resultiert, daß für das Bildungswesen in Mozambique nur 4% des jährlichen Staatshaushalts ausgegeben werden und 95–98% der Bevölkerung Analphabeten sind, nämlich die nicht assimilierten Afrikaner.

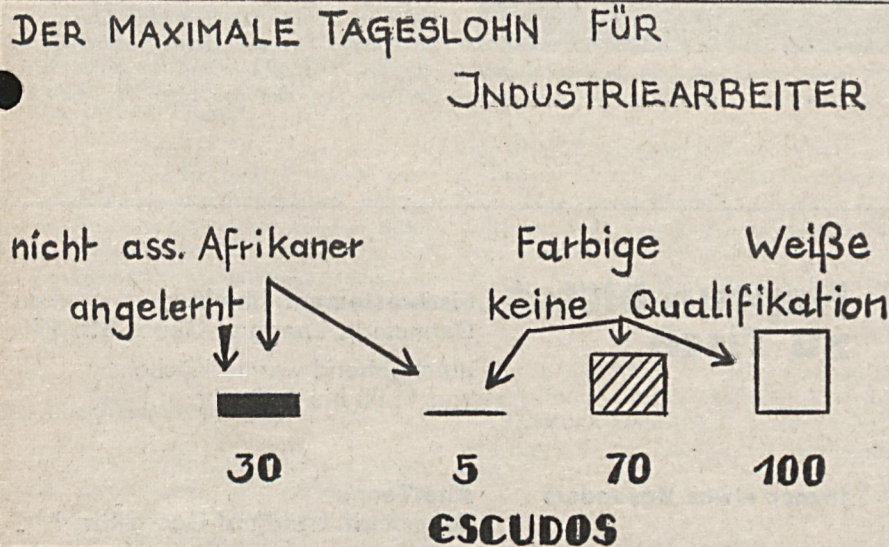
Die Kinder der Europäer, Assimilados und teilweise auch der Mulatten und Asiaten können sofort mit der Grundschule beginnen. Die nicht assimilierten Afrikaner müssen vorher eine Elementarschule besuchen, der von staatswegen die Aufgabe gestellt wurde, die Eingeborenen „allmählich von einem Leben in Wildheit zu einem zivilisierten Leben zu führen“. Für ihr Programm ist weitgehend die römisch-katholische Mission verantwortlich. Der Unterricht in der Elementarschule beginnt sofort in portugiesischer Sprache. 1959 konnten gerade 6928 afrikanische Kinder in die Grundschule eintreten. Aber wie die CDU sagt: „Man braucht über die Rolle der Weißen in Südafrika überhaupt nichts zu wissen, sondern nur seine Logik zu beanspruchen...“, man braucht über die CDU nicht viel mehr wissen, nur seine Logik zu beanspruchen...

Der Cabora-Bassa-Staudamm soll den Sambesi in der Provinz Tete stauen, die an Malawi, Sambia und Rhodesien grenzt. Der Bau des Dammes dient — technisch gesehen — der Erzeugung von elektrischem Strom und der Lieferung dieses Stroms in die Nachbarländer und die Südafrikanische Union sowie an die örtliche Industrie, dem Wasserstraßenausbau des Sambesi und der landwirtschaftlichen Bewässerung. Der Kostenvoranschlag für die Errichtung des Dammes, die Ausrüstung und die Anlagen für den Energietransport beläuft sich auf rund 1,2 Milliarden DM. Im Oktober 1969 haben die Bauarbeiten begonnen. Laut Bauplan sollen der erste Bauabschnitt im März 1975, der zweite im Januar 1977 und der dritte im Januar 1979 fertiggestellt werden.

Wer hat ein Interesse an der Errichtung des Staudamms?

Portugal:

1. Durch die Baustelle, die größte Afrikas, werden hunderttausende Arbeitskräfte — natürlich Weiße — im Sambesital angesiedelt werden. Dadurch kann



erfüllen zu können, erklärt sich die Tatsache, daß es 1950 nach fast 500-jähriger portugiesischer „Rassenintegration“ gerade 4555 Assimilados gab — nicht einmal ein ganzes Promille der afrikanischen Bevölkerung. Der Hintergrund dieses Inte-

Der Ungleichheit des Arbeitsrechtes entspricht die Ungleichheit des Wahlrechts. Bei der Wahl von 1964 in Mozambique besaßen es nur 92 079 Einwohner, das sind bei einer Gesamtbevölkerung von 6 1/2 Millionen gerade 1,4%.

Portugal seinen Herrschaftsanspruch in Mozambique festigen. Die Situation der weißen Siedler wird absolut und im Vergleich zur afrikanischen Bevölkerung noch weiter verbessert.

Attraktion für Weiße

„Auch Gastarbeiter in der Bundesrepublik wurden angesprochen. Die in Köln erscheinende Zeitung „Journal Portugues“ berichtete im Januar von einem Rundschreiben des portugiesischen Innenministers an portugiesische Arbeiter in der Bundesrepublik, das auf die Möglichkeit der Ansiedlung in Mozambique aufmerksam machte. Ähnliches ist aus Frankreich bekannt.

Da die Nachricht über die Ansiedlung einer Million Weißer im Sambesital der europäischen Kampagne gegen den Dammbau starken Auftrieb gab, beeilten sich die Verantwortlichen zu erklären, daß „unter dem Aspekt der gegebenen finanziellen Möglichkeiten“ die Zahl eine Million reine Phantasie sei. Castro Fontes, der Generaldirektor des Überseeministeriums, räumte aber ein, daß nach 1973 die Bevölkerung der Sambesitälener durch Weiße vermehrt werden solle: „sei es durch bereits in Mozambique Ansässige (solche, die an Cabora Bassa arbeiten), sei es durch solche, die freiwillig aus dem Mutterland zuwandern oder aus anderen Gegenden, in denen Portugiesen ansässig sind.“

Darüber hinaus wies der Pressedienst der portugiesischen Botschaft in Bonn im März voller Stolz auf die Pläne einer neuen Stadt „Cabora Bassa“ im Gebiet von Songo hin, aus deren Anlage hervorgeht, daß sie eine Attraktion für Weiße werden soll: „Die ersten Bauten werden vom Staat erstellt; es sind zunächst Wohnhäuser verschiedener Typen für größere und kleinere Familien, weiterhin ein Krankenhaus, Schulen, Herbergen und Gasthäuser, Theater, Sport- und Erholungszentren. Durch großzügige Gartenanlagen soll das Stadtbild aufgelockert werden. Eine moderne Kanalisation und fester Straßenausbau mit Asphaltbelag werden dem neuen Zentrum ein modernes Gepräge geben. . . Man erwartet, daß im Dezember die ersten Familien der Leute, die bereits im Cabora-Bassa-Gebiet arbeiten, nachgeholt werden können. Die Stadt Cabora-Bassa wird auf einer Hochebene 930 Meter über dem Meeresspiegel liegen. Das Klima ist auch für Europäer ausgezeichnet. Die Umgebung bietet vielfältige Gelegenheit zu Jagd, Fischfang u. ä.“

Es liegt auf der Hand, daß solche Einrichtungen nicht für die angestammte Bevölke-

rung Mozambiques gedacht sind, die auf Grund gezielter portugiesischer Kolonialpolitik zu rund 90 Prozent nicht lesen und schreiben kann und daher kaum berufliche Aufstiegschancen besitzt.“

(Frankfurter Rundschau vom 19. 8. 1970)

2. Die mozambiqueische Befreiungsbewegung „FRELIMO“ wird durch den Staudamm entscheidend zurückgeschlagen. Nach der Errichtung des Staudamms und der damit verbundenen Ansiedlung von Weißen wird es für die FRELIMO fast aussichtslos, die Selbstbestimmung für die afrikanische Bevölkerung Mozambiques erreichen zu können.

Vergünstigungen für weiße Arbeiter

„Solch ehrgeizige Pläne setzen enorme infrastrukturelle Aufwendungen voraus. Um den riesigen Bedarf an Arbeitskräften zu decken, ist angeblich die Ansiedlung von einer Million Europäer in den nächsten zehn Jahren geplant, darunter 300 000 portugiesische Arbeiter, die augenblicklich wegen der Arbeitslosigkeit im Mutterland im Ausland leben. Die Regierung in Lissabon stellt weißen Arbeitern für die Beteiligung am Cabora-Bassa-Projekt nicht nur freie Überfahrt, gute Löhne, Sozialleistungen und alle 18 Monate einen Europurlaub in Aussicht, sondern nach erfülltem Kontrakt schließlich sogar Grund und Boden im Sambesital inklusive Haus und Ausrüstung, die nach mehr-

jähriger Arbeit Eigentum werden.

Die Bedeutung Cabora Bassas ist primär politisch: im gleichen Maße, wie die Verwirklichung dieser Pläne die portugiesische Herrschaft festigt, schwinden die Aussichten der schwarzen Bevölkerungsmehrheit, die Geschicke ihres Landes in absehbarer Zeit selbst bestimmen zu können.“

(Frankfurter Rundschau vom 27. 5. 1970)

3. Portugal verdient an dem Verkauf des Stroms, welcher an die Nachbarländer geliefert wird.

4. Durch diese riesige Energiequelle ist der Abbau der vielen und profitträchtigen Bodenschätze (z. B. Erdöl, Gold, Uran, Kohle und viele seltene Metalle) der Provinz Tete möglich geworden, genau wie der Abtransport der Rohstoffe auf dem Sambesi und die Überseeverschiffung in dem geplanten Hafen im Sambesi-Delta.

Kanalisation und Bodenschätze

Neben der Elektrizitätserzeugung bezweckt das Projekt eine Kanalisation und Schiffbarmachung des Sambesi; in einem der Deltaarme soll ein großer Hafen für Hochseeschiffe gebaut werden. Damit wird der Sambesi von Chinde (am indischen Ozean) aus bis Zumbo (an der Grenze zwischen Mozambique und Zambia und Rhodesien) schiffbar sein und den Bau einer Eisenbahnlinie

Neptun bittet zu Tisch

Immer etwas Besonders

Die Restaurants mit besonderer Note

Fischrestaurant Hamburg

Darmstadt, Landgraf-Georg-Str. 17

durchgehend warme Küche
von 11.00 bis 1.00 Uhr

Alte Tenne

Darmstadt, Landgraf-Georg-Str. 7

Alte Tenne

Darmstadt, Pallaswiesenstraße 19

für den Abtransport der im Sambesital erzeugten Produkte entbehrlich machen.

Die portugiesische Regierung hat nämlich die Möglichkeiten zur wirtschaftlichen Entwicklung des ganzen Gebietes einer eingehenden Untersuchung und Überprüfung unterziehen lassen. Der Untersuchungsbericht wurde vor kurzem veröffentlicht. Aus diesem geht hervor, daß sich im Moatzegebiet ein Kohlevorkommen von 180 km Länge und 19 km Breite befindet, und zwar zwischen Chicoca um Zumbo. Dazu kommen in der Machedue-Massamba-Zone Vorkommen an Titanit und Magnetit mit bedeutendem Vanadiumgehalt, während die Eisenvorkommen von Muende auf viele Millionen Tonnen geschätzt werden. Bei Chinde und Meseca befinden sich außerdem vielversprechende Kupfervorkommen und auch die Manganvorkommen im Gebiet von Chioci-Changara scheinen sich als umfangreicher zu erweisen, als ursprünglich angenommen wurde. Dazu kommen in gewissen Gegenden des Sambesitals verschiedene Mineralablagerungen, wie Beryll, Nickel, Chrom und Bauxit. Dank den Kohlevorkommen und den niedrigen Preisen für elektrischen Strom beabsichtigt die Kommission den Aufbau von Stahl- und Eisenwerken sowie Titan-, Vanadium- und Aluminiumwerken.“
(Neue Züricher Zeitung vom 29. 2. 1970)

5. Die Portugiesische Industrie, Transport- und Handelsgesellschaften – insbesondere die der ZAMCO angeschlossene SOREFAME (Sociedade das Reunidas de Fabricaes Métalicas, S.A.R.L.) – verdienen an diesem Projekt.

6. Durch den Bau kann Portugal seine wirtschaftlichen, politischen und militärischen Beziehungen außer zu den beteiligten europäischen Industriestaaten auch zu den rassistischen Nationen Afrikas, der Südafrikanischen Union und Rhodesien, verbessern.

Die Südafrikanische Union

1. Mit der Errichtung des Staudamms wurde der Firmenverbund ZAMCO (Zambeze Consórcio Hidroelétrico) beauftragt, die von südafrikanischem Kapital, Firma Anglo-American Corporation of South Africa, beherrscht wird. Dies, obwohl man auch in Lisabon bei der ZAMCO Bedenken hatte, da der südafrikanische Einfluß – besonders der rassistische – in den portugiesischen Kolonien sehr stark zugenommen hatte.



Frelimo-Kämpfer bei der Ausbildung

Der ZAMCO gehören außerdem noch die deutschen Firmen AEG, AEG-Telefunken, BBC (Mannheim), Hochtief, Siemens AG., Voith an; außerdem vier französische Firmen, eine italienische und eine portugiesische Firma und noch zwei weitere südafrikanische Firmen.

2. Durch eine 1400 km lange Hochspannungsleitung – neuer Weltrekord – wird die Südafrikanische Union an der Energie beteiligt, die im Sambesital gewonnen wird.

3. Die Südafrikanische Union kann einerseits als „Bauleiter“ des Staudamms und andererseits durch die verbesserten Beziehungen – auch oder sogar besonders militärischen Beziehungen – direkten Einfluß auf die innenpolitische Lage in Mozambique nehmen und ihre rassistischen Bemühungen fortsetzen.

Rhodesien

1. Rhodesien bekommt durch den Cabora-Bassa-Damm einen direkten Weg zum Meer. Der Transport von in Rhodesien gewonnenen Rohstoffen auf dem Sambesi ist wesentlich billiger als mit der geplanten Eisenbahn.

„The dam will make the Zambezi navigable up to the Rhodesian border and will give Rhodesia a valuable new outlet to the sea. Portugal plans to build a harbour in the Zambezi delta which will be connected by canal to a navigable part of the river.“
(The Dam at Cabora Bassa, London, Januar 1970)

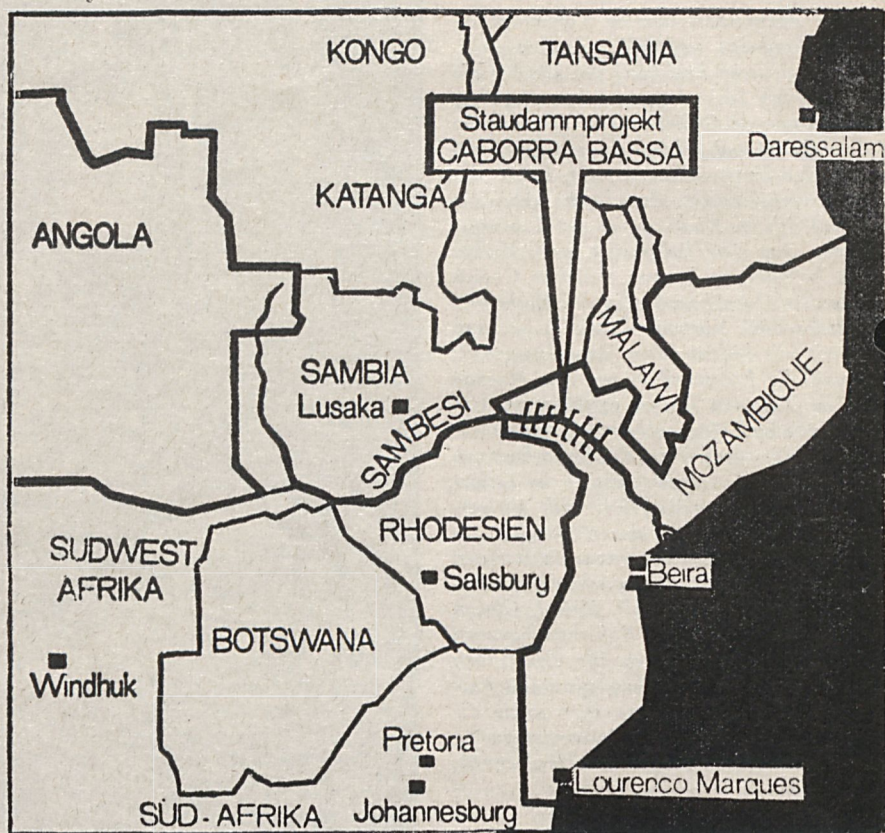
2. Rhodesien kann jederzeit durch eine direkte und relativ kurze Leitung an der in Cabora Bassa gewonnenen elektrischen Energie beteiligt werden.

3. Die herrschende weiße Minderheit Rhodesiens ist genau wie die Weißen in der Südafrikanischen Union an der Zerschlagung der mozambiqueschen Befreiungsbewegung FRELIMO interessiert.

Außer Portugal, der Südafrikanischen Union und Rhodesien sind noch besonders einige Industriefirmen, Handels- und Erdölgesellschaften in der BRD, in Frankreich und den USA am Cabora-Bassa-Projekt interessiert, denn in Mozambique gibt es was zu holen. Was die einen am Bau des Damms verdienen, schlagen die anderen mehrfach an der Ausbeutung der Rohstoffe heraus.

Der Cabora-Bassa-Staudamm wird allerdings in Mozambique errichtet. Und die afrikanische Bevölkerung Mozambiques, 97% der Gesamtbevölkerung, hat kein Interesse an der Errichtung des Damms. Denn der einzige „Vorteil“ den sie sehen können, ist, daß ein paar von ihnen jämmerlich unterbezahlt an der Vollen- dung jenes Werks mithelfen dürfen, das die Selbstbestimmung Mozambiques zu- mindest für die nächsten Jahrzehnte un- möglich macht.

Durch den Cabora-Bassa-Damm werden die Gegensätze zwischen Weiß und Schwarz vergrößert, wird die soziale und politische Ungerechtigkeit gegenüber der schwarzen Bevölkerung vermehrt, wird Portugals Herrschaft in Mozambique gefestigt, und der Einfluß der Südafrikanischen Union und Rhodesiens verstärkt, wird die Befreiungsbewegung der Afri-



kaner entscheidend in ihrer Arbeit zu- rückgeworfen, werden die Afrikaner ihrer Bodenschätze beraubt.

Ein übriges, um die Lage der schwarzen Bevölkerung Mozambiques zu verschlech- tern, tut die europäische Presse. Hier das Beispiel einer „neutralen, unabhän- gigen“ Zeitung eines „neutralen, unabhän- gigen“ Landes:

Befremdlicher Widerstand

Während man für die politisch motivierte Haltung der OAU Länder noch ein gewisses Verständnis aufzubringen vermag, obwohl sie darauf hinausläuft, den „Brüdern“ in Mozambique ein großes Maß an wirtschaftlicher Entwicklung vorzuenthalten, wirkt das entsprechende Verhalten auf europäischer Seite befremdlich. Es ist schwer einzusehen,

daß Kreise, die sonst in bezug auf das Postulat der Entwicklungshilfe an vorderster Front engagiert sind, sich umgekehrt vehement gegen ein Projekt einsetzen, das in einem Entwicklungsland Arbeitsplätze schafft, allgemein den frischen Wind der modernen Technik in zum Teil noch archaische Strukturen wehen läßt und mithin geeignet ist, zur wirtschaftlichen Emanzipation der schwarzen Einwohner beizutragen. Das Wissen darum, daß Portugal erst in den letzten Jahren mit dem zügigen Ausbau der Infrastruktur in seinen südafrikanischen Kolonien Angola und Mozambique begonnen hat, vermag an einer positiven Beurteilung des kühnen Projektes nichts zu ändern.

(Neue Züricher Zeitung vom 21. 6. 1970)

(Die ESG-Nachrichten Nr. 56 vom 23. 10. 70, eine Sondernummer zum Cabora-Bassa-Damm, enthalten eine ausführliche Doku- mentation zu diesem Thema.)

Men like its flavor Women love its aroma

RUM and MAPLE
PIPE MIXTURE

2.⁵⁰

Gratismuster *PLANTA* Berlin 61

Basisarbeit ganz unten

Erstsemester-Veranstaltungen der Basisgruppen

Vor zwei Jahren wurden an der TH Darmstadt die ersten Basisgruppen gegründet, bei den E-Technikern, Chemikern und Bauingenieuren. Die wesentlichen Triebfedern der Basisgruppengründungen waren politische. Während der Massenaktionen zur Notstandsgesetzgebung bzw. der Springerkampagnen war es offensichtlich, daß politische Hochschulgruppen, wie z. B. der SDS, die studentischen Massen zwar zu bestimmten Anlässen zu fröhlichen, im Ho-Tschi-Minh-Rhythmus tanzenden Demonstranten machen konnten; er konnte die Studenten aber nicht zu politischer Arbeit bewegen, d. h. aus ihnen — statt Fachidioten oder Nur-Hasch-Rauchern — aktive Mitarbeiter für die weitere Agitation an der Hochschule machen. Politische Aktionen ließen für die meisten Studenten noch kein Interesse für gesellschaftliche Veränderungen wach werden. Damit entstand das Konzept der „Politisierung an den unmittelbaren Interessen“, als organisatorischer Ausdruck die Basisgruppen.

Die Aufgaben der Basisgruppen sind: Primärmobilisierung (d. h. Mobilisierung durch Agitation in Lehrveranstaltungen) und Politisierung der Studenten. Die Erstsemesteragitation ist dabei ein sehr wichtiger Teilaspekt. (Mit Agitation ist hier gemeint: Politische Aufklärung und Aktivierung von Studenten mittels Flugblätter, teach-ins etc.)

Die Studenten in den unteren Semestern sind noch nicht so stark angepaßt an Prüfungs- und Leistungsdruck wie die Kommilitonen nach dem Vorexamen. Die älteren Studenten sind schon sehr berufsfixiert; sie glauben sich bereits als zukünftigen Akademiker in einem sauberen, hellen Vorgesetztenbüro und mit dickem Gehalt sehen zu können. Die Agitation der Basisgruppen richtet sich deshalb vorwiegend an die jüngeren Semester, denn diese sind leichter ansprechbar.

Übergang zur Hochschule

Beim Übergang von der Schule zur Hochschule glaubt der Neuankommende häufig, von einem Reich der Unfreiheit (Schule) in ein Reich der relativen Freiheit (Hochschule) zu kommen. Hier müssen die Basisgruppen den Erstsemestern ganz klar sagen, daß die irrationalen Zwänge, wie sie auf der Schule herrschen, auf der Hochschule nicht aufhören zu bestehen. Auf die Gefahr einer neuerlichen Unterwerfung durch rigorose, zeit-

lich beschränkende Studienpläne und harte Auslese in Prüfungen muß deutlich hingewiesen werden.

So schickten die Basisgruppen Architektur, Chemie, Mathe/Physik und der Zentralrat der Lehramtskandidaten vor bzw. nach Beginn des Semesters kurze Informationen an die Erstsemester. Es sollten Illusionen über Studium und Beruf beseitigt werden durch Schilderung konkreter Studiensituationen. Gleichzeitig wurde auf gesellschaftspolitische Zusammenhänge hingewiesen (z. B. Architekt/Ingenieur als Erfüllungsgehilfe des Kapitals) und zur Mitarbeit in den Basisgruppen aufgefordert; schließlich wurden in dem Brief noch Hinweise auf Studienberatung gegeben.



Abfüllung und Alleinvertrieb von COCA-COLA, FANTA und SPRITE für die Kreise Darmstadt, Groß-Gerau und Dieburg

**GETRÄNKE-INDUSTRIE DARMSTADT
HOFFMANN KG**

6100 Darmstadt, Holzhofallee 19/21
Telefon 8 41 41 und 8 20 86

Informationsbriefe allein reichen natürlich nicht aus, um neuankommende Kommilitonen für eine Mitarbeit in den politischen Gruppen zu gewinnen. Deshalb wurden von fast allen Basisgruppen und Fachschaften Erstsemesterversammlungen abgehalten. Hier stellten sich jedoch Schwierigkeiten ein. Einerseits sollte Studienhilfe geleistet, andererseits agitiert werden. Die Angst, bei den Basisgruppenmitgliedern als „rote Spinner“ angesehen zu werden, wenn von ihnen die Worte „Kapitalismus“ oder „Sozialismus“ fielen, war oft größer als die Einsicht, politische Zusammenhänge diskutieren zu müssen. So konnte es vorkommen, daß ein Erstsemester einigen Elektrotechnik-Basisgruppelern vorwarf, nicht politisch zu argumentieren.

In der Chemie artete die Versammlung in ein Hick-hack zwischen Basisgruppe

und Assistenten aus. Die Bauingenieure konnten in ihrer Veranstaltung nur sehr langsam ein Gespräch in Gang bringen, nachdem die Frage auftauchte, warum man überhaupt studiert. Vorher mußten sich die Erstsemester von „erfahrenen Genossen“ anhören, was für großartige Erfolge die Basisgruppe hatte, zum Beispiel bei der Abschaffung oder Entschärfung von Klausuren. Ähnlich verliefen auch die Versammlungen in den anderen Fachschaften.

Neue Wege

Einen völlig anderen Weg beschritt der Zentralrat der Lehramtskandidaten. Er veranstaltete neben der Studienberatung eine Wochenendtagung, in der über die gesellschaftliche Funktion des Lehrers und Änderung der derzeitigen Studiensituation gesprochen wurde. Ziel der Tagung war: Information über Hochschule und Hochschulpolitik, Schwierigkeiten beim Übergang von der Schule zur Hochschule, Aufbau von Erstsemesterarbeitskreisen. Letzteres gelang auch. Es bildeten sich drei Semesterbasisgruppen, die unterstützt von Zentralratsmitgliedern, mit der Arbeit bereits begonnen haben. Bei den Bauingenieuren und Architekten bildeten sich ebenfalls Erstsemesterarbeitskreise, die sich das Ziel setzten, die übrigen Kommilitonen zu agitieren und die Studiensituation zu verändern. In den anderen Fachschaften gingen einige Erstsemester direkt zu den bestehenden Basisgruppen.

Die bis heute gelaufene Erstsemesteragitation wurde von vielen Gruppen nicht konsequent genug vorangetrieben. Sie war häufig ungenügend vorbereitet, man verließ sich einfach auf seine „langjährige Erfahrung“. Die politischen Positionen wurden nur mangelhaft erklärt, wodurch die defensive Haltung der neuen Kommilitonen verstärkt wurde. Die Erfahrungen zeigen, daß in Zukunft die Erstsemesteragitation besser koordiniert und vorbereitet werden muß. Das Ziel ist, Erstsemester für Mitarbeit in Arbeitskreisen und Basisgruppen zu gewinnen. Die politische Richtung der Gruppen muß deutlich herausgestellt werden. Man muß klar sagen, daß für die Basisgruppen die gewerkschaftliche Arbeit (Wahrnehmung der studentischen Interessen in den Lehrveranstaltungen) nur im Zusammenhang mit einer sozialistischen Perspektive zu sehen ist.

Rechts, wo das Herz schlägt

Ordinarien gründen „Bund Freiheit der Wissenschaft“

Ende Juni trafen sich in Bonn etwa 100 Männer des deutschen Volkes: Professoren, Dozenten, Assistenten, Journalisten, Unternehmer, Parlamentarier. Ihnen gemeinsam war der feste Wille, gegen die „Politisierung“ der westdeutschen Universitäten zu protestieren, den vollständigen Verlust der Autorität der Ordinarien in der „sozialen Leistungsgesellschaft“ zu verhindern und zu warnen und Maßnahmen vorzubereiten gegen die „Machtübernahme der Kommunisten“ an Westdeutschlands Hochschulen. Ernst Nolte, Historiker in Marburg, forderte die Gleichgesinnten auf, im Herbst einen Bund „Freiheit der Wissenschaft“ zu gründen.

Am 18. November trafen sie sich wieder zur Gründungsversammlung, allerdings in größerer Zahl: Rund 1500 Freiheitsretter versammelten sich in Bad Godesberg. Die vom Gründungskomitee organisierte und von der Industrie finanzierte Werbekampagne hatte sich gelohnt: In den meisten großen westdeutschen Zeitungen wurde ganzseitig der „Gründungsaufruf“ annonciert. Und auch das ZDF machte ausgiebig Propaganda, natürlich kostenlos: Denn Intendant Holzamer und Magazin-Moderator G. Löwenthal sind Bundesgenossen.

Die hochschulpolitische Situation, in der sich der „Bund Freiheit der Wissenschaft“ konstituiert, wird von ihm selbst damit gekennzeichnet, daß der alte Gegensatz von „Konservativen“ und „Reformern“ überholt sei. Nicht zuletzt diese – im übrigen nicht näher begründete – Behauptung bestärkt uns in unserer Auffassung, daß die gegenwärtige hochschulpolitische Situation vielmehr dadurch gekennzeichnet ist, daß die alten Gegensätze zwischen reformwilligen und reformfeindlichen Kräften in der Hochschule sich ausgeweitet haben zum Gegensatz zwischen Kräften, die die Wissenschaft großindustriellen Profit- und reaktionären Herrschaftsinteressen unterwerfen wollen und solchen, die dafür kämpfen, die Wissenschaft in den Dienst der arbeitenden Bevölkerung

und des sozialen Fortschritts zu stellen. In einer Situation, in der der gesellschaftspolitische Charakter der Auseinandersetzungen an den Hochschulen immer deutlicher zutage tritt, entlarvt sich der Kampfbund also bereits durch sein Selbstverständnis als der institutionalisierte Versuch, gesellschaftliche Konflikte im Wissenschaftssektor zu verdunkeln, fortschrittliche Strömungen an den Hochschulen durch Verteufelung als kriminelle Minderheiten zu isolieren und damit Manövrierfeld zu schaffen für diejenigen, die die wirtschaftliche und politische Macht in Westdeutschland besitzen und diese Macht noch rigoroser als bisher an den Hochschulen durchzusetzen beabsichtigen.

Die Aufgabe des Kampfbundes als rechter Sammlungsbewegung, die keine Reformen und Konservativen mehr kennt, sondern nur noch „Wissenschaftler“ auf der einen und fanatische Staatsfeinde auf der anderen Seite, liegt auf der Hand, kann aber genauer bestimmt werden vor dem Hintergrund des gegenwärtigen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses an den Hochschulen.

Die Studenten und die anderen an der Hochschule beschäftigten Gruppen, die – ausgehend vom Widerstand gegen Ordinarienwillkür – gegen soziale Diskriminierungen im Zugang zu wissenschaftlicher Ausbildung und für Mitbestimmung in allen wesentlichen Fragen der Organisation und des Inhalts von Studium, Lehre und

Forschung eintraten, erkannten bald ihren eigentlichen Gegner: das Kartell von Großindustriellen und reaktionären Politikern, die aus eigenen Profit- und Herrschaftsinteressen die herkömmliche Ordinarienuniversität ebenfalls zu „reformieren“ haben, aber eben mit Zielsetzungen, die sich unmittelbar gegen die arbeitende Bevölkerung und die Mehrheit der Hochschulangehörigen richten. Nach dem Interesse dieses Herrschaftskartells bleiben breitere Kreise der Jugend vom Zugang zu wissenschaftlicher Bildung ausge-



Bundesgenosse Maier



Bundesgenosse Rüegg

schlossen, indem die Masse der Studenten eine fachidiotische Helotenausbildung erhält, während einer Minderheit das Privileg einer wissenschaftlichen Eliteausbildung bewahrt bleibt. So erhält die Mehrheit der Hochschulabsolventen gemeinsam mit allen anderen abhängig Arbeitenden nicht die Möglichkeit, den zukünftigen raschen wissenschaftlich-technischen Fortschritt aktiv mitgestalten und mitbestimmen zu können. Stattdessen bleibt sie Objekt dieses „Fortschritts“, der von der Herrschaftselite im eigenen Interesse vorangetrieben wird.

So wird die wissenschaftliche Forschung nicht für lebenswürdige Umweltbedingungen, für soziale Sicherheit und Ausweitung der Rechte der arbeitenden Menschen und für die Schaffung von Bedingungen eines friedlichen Zusammenlebens der Völker eingesetzt, sondern

BUND FREIHEIT DER WISSENSCHAFT GRÜNDUNGSAUFRUF

In einer Zeit rascher und tiefgreifender Wandlungen steht jede politische oder gesellschaftliche Institution vor der Frage, wie sie neuen Entwicklungen gerecht zu werden vermag. Die Antwort auf diese Frage kann aber weder in unkritischer Anpassung an Modeströmungen noch im Rückgriff auf ideologische Heilslehren bestehen, wenn eine Institution, Staatsform oder gesellschaftliche Ordnung in ihrer Substanz erhalten bleiben soll. Wo Ideologien die Oberhand gewinnen, welche die Zerstörung des Bestehenden als Voraussetzung für die Verwirklichung utopischer Ziele betrachten, dient der Ruf nach Reformen nicht mehr einer Modernisierung und Steigerung der Leistungsfähigkeit der Institution, sondern ihrer Lähmung und Vernichtung. Vor einer solchen Gefahr stehen heute die Hochschulen in der Bundesrepublik. Vor der gleichen Gefahr könnte morgen der Staat stehen.

Die zahlreichen unverhüllten Angriffe auf die Freiheit der Wissenschaft sind in den letzten Jahren auf merkwürdig geringen Widerstand gestoßen. Obwohl Verleumdungen, Terror, Gewaltanwendung und Rechtsverletzung immer üblicher wurden, beschönigte man dies alles als eine Folge verzögerter Reformen des Hochschulwesens oder einfach als jugendlichen Radikalismus, wie es ihn eh und je gegeben habe. Man nahm nicht zur Kenntnis, was die „progressivsten“ studentischen Kreise offen erklärten, nämlich, daß die Hochschulen für sie ein Manövriertfeld zur Vorbereitung des Vernichtungskampfes gegen die „spätkapitalistische“ Gesellschaft seien. Heute tritt die Forderung nach Politisierung der Wissenschaft schon mit der Intoleranz auf, die man in totalitären Herrschaftssystemen beobachtet. Wissenschaft darf nur ergeben, was „gesellschaftlich relevant“ ist; aber was „Gesellschaft“ und „Relevanz“ bedeuten, wird nicht wissenschaftlich untersucht, sondern dogmatisch festgesetzt.

Es ist ohne Zweifel richtig, daß heute die Gesellschaft weit größere Ansprüche an die Wissenschaft stellt, als es früher der Fall war, und daß umgekehrt das gesellschaftliche Dasein in viel stärkerem Maße von der Wissenschaft bestimmt wird als je zuvor. Die Hochschulen können also nicht länger von der Vorstellung ausgehen, daß sie nur für eine Elite da sind, daß eine kleine Anzahl von Ordinarien riesige Einzelgebiete in Forschung und Lehre verantwortlich vertritt, daß die Auswahl der Wissenschaftler in Gremien getroffen wird, deren Mitglieder einander kaum noch verstehen können. Wenn der Begriff „Demokratisierung“ so verstanden wird, daß sozial ungerechte Zugangsbeschränkungen beseitigt werden, daß die Lehrkörper beträchtlich erweitert und die kleinsten Einheiten anders bestimmt werden, so hat er einen guten Sinn.

Aber der entscheidende Tatbestand ist, daß dieser Prozeß einer notwendigen und unaufhaltsamen Demokratisierung von einem anderen Begriff der Demokratisierung begleitet, überholt und verdorben worden ist, der die Wissenschaft einem fremden Gesetz unterwirft, dem Gesetz der Verpflichtung auf die Parteinahme in einer

angeblichen Weltauseinandersetzung zwischen dem Guten und dem Bösen. Selbst wenn dieser pseudoreligiöse Impuls nicht mit allen Undurchsichtigkeiten einer modernen Jugendbewegung, mit unreflektiertem Machtwort und dem Wunsch nach Selbstdarstellung verquickt wäre, würde er für die Wissenschaft zerstörend sein, denn sie kann nur existieren, solange kein Dogma im voraus festlegt, was das Gute und was das Böse ist. Daher hat der Marxismus einen legitimen Platz an der Hochschule, sofern er sich als selbstkritische Methode der Erkenntnis versteht, nicht dagegen als fanatischer Anspruch auf Alleinbesitz der Wahrheit oder gar als militanter Aktionismus.

So sieht sich die deutsche Universität heute dem umfassenden Angriff ausgesetzt, durch den eine Ideologie unter Ausnutzung objektiver Zwänge und Schwierigkeiten die angeblich „bürgerliche“ Wissenschaft und die angeblich bloß „formale“ Demokratie der westlich-parlamentarischen Gesellschaftsordnung ihrem Herrschaftsanspruch zu unterwerfen sucht. Die unbegrenzte Mitbestimmung der Studenten ist das Brecheisen, mit dem die deutsche Universität als die schwächste Institution dieser Gesellschaft aus den Angeln gehoben werden kann. Das Unbehagen der Öffentlichkeit und der staatlichen Instanzen angesichts des langsamen Fortschritts der „Reformen“ und ihre Hilflosigkeit gegenüber dem Tabu-Begriff der Demokratisierung bildeten und bilden den Rauchsleier, hinter dem sich dieser Vorgang verbirgt.

Der Bund Freiheit der Wissenschaft soll ein Zusammenschluß derjenigen sein, die sich des untrennbaren Zusammenhangs von Freiheit der Wissenschaft und freiheitlicher Demokratie bewußt sind. Grundvoraussetzung ihrer Freiheit der Wissenschaft aber ist, daß ausschließlich Wissenschaftler darüber entscheiden, wer als Wissenschaftler anerkannt wird.

Die wichtigste Forderung des Bundes Freiheit der Wissenschaft ist daher die Sicherung der staatlich kontrollierten Selbstbestimmung der im Zuge der Demokratisierung erweiterten Lehrkörper in allen Fragen der Wissenschaft und der wissenschaftlichen Qualifizierung. Aber eine Universität ist keine Akademie. Es versteht sich, daß bei der Festsetzung der Anforderungen professioneller Qualifizierung die Mitwirkung der staatlichen Organe und der betroffenen gesellschaftlichen Gruppen von der Sache her notwendig ist und daß sich für die Mitwirkung der Studenten, vor allem in Fragen der Didaktik und der studentischen Arbeitsbedingungen, eine Fülle von Möglichkeiten anbietet.

Der Bund Freiheit der Wissenschaft wird in einem Augenblick gegründet, in dem der alte Gegensatz zwischen „Konservativen“ und „Reformern“ in hochschulpolitischen Fragen überholt ist, ja er ist ein Ausdruck dieses Tatbestandes. Diejenigen, welche die „Kritik“ zur Waffe eines Dogmas und die Hochschulreform zum Instrument der Verfassungsfeindlichkeit machen, haben guten Grund, über Reaktion zu schreien. Vernunft ist eine Reaktion gegen Unvernunft. Staat eine Reaktion gegen Anarchie,

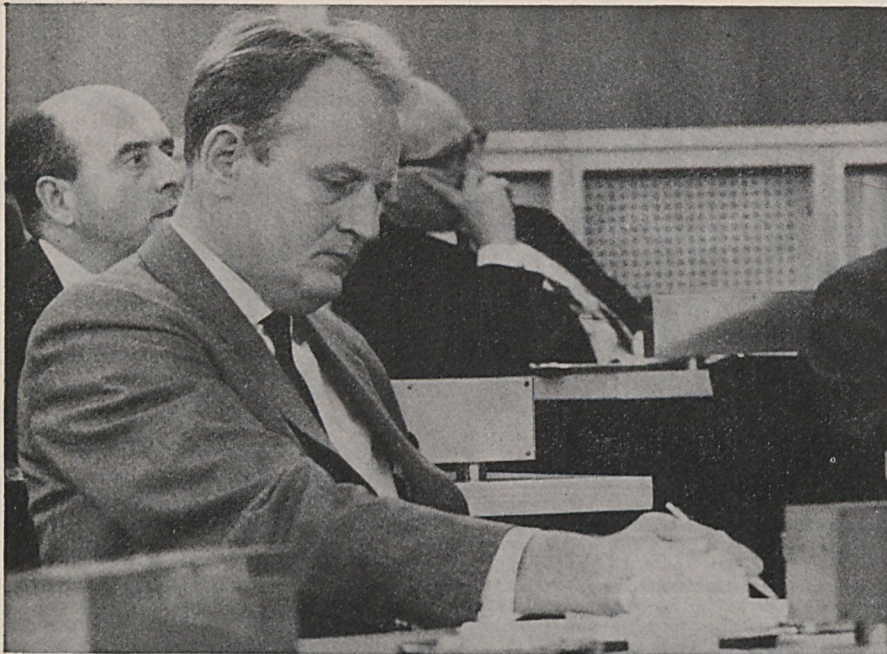
Wissenschaft eine Reaktion gegen bloße Emotion oder präntöse Absolutheitsansprüche.

Wir stellen uns gegen die Herrschaft der Phrase. Wir werden die Öffentlichkeit darüber aufklären, was an den Universitäten wirklich geschieht und inwiefern es dabei nicht nur um die Freiheit der Wissenschaft, sondern auch um den freiheitlichen Staat geht. Wir werden dabei insbesondere die jüngeren Wissenschaftler gegen die entwürdigenden Abhängigkeiten verteidigen, in die sie zu geraten drohen. Wenn Professoren diffamiert und ausgesperrt, wenn Assistenten von aufgeregten Kollektiven boykottiert, wenn Studenten gegen ihren Willen indoktriniert werden, so werden wir Anklage erheben und nach besten Kräften Hilfe leisten. Wenn Ausschreibungen auf eine vorher bestimmte Person hin vorgenommen, wenn Habilitationen um politischer Verdienste willen vollzogen, wenn Stellen als Belohnungen für Aktivitäten in der „Selbstverwaltung“ vergeben werden, wenn Ministerien bereit sind, neugeschaffene Professuren ohne Ausschreibung und ohne Hinblick auf wissenschaftliche Qualifikation nach Gutdünken oder unter Pressuren zu besetzen, werden wir nicht schweigen. Die Forschung darf weder von ideologisierten Gruppen noch von Einzelinteressen nach von der Tagespolitik in Pflicht genommen werden; die Forschung soll sich aber verstehen als Dienst an der Gesellschaft. Wir hoffen, daß unser ganzes politisches Leben neue Impulse erhalten wird, sobald die Bedeutung und die Gefährlichkeit des unerwarteten Angriffs, der an den Hochschulen begonnen hat, sich aber nicht auf die Hochschulen beschränkt, ins öffentliche Bewußtsein gedrungen sind.

Wir bitten alle Staatsbürger um ihre Unterstützung, die nicht tatenlos zusehen wollen, wenn mit der fragilsten seiner Institutionen auch der Staat ins Schwanken gerät, der trotz aller seiner Schwächen die feste Basis aller künftigen Entwicklungen sein muß.

Der Gründungskongreß findet am 18. November 1970 in der Stadthalle von Bad Godesberg statt. Willkommen sind alle Personen, die im Sinne dieses Aufrufs an den Geschicken der deutschen Universitäten Anteil nehmen. Anmeldungen oder Erklärungen werden erbeten an das Büro der Wissenschaftlichen Gesellschaft e. V., 8000 München 75, Postfach 750913.

Edith Eucken-Erdsiek, Hans Joachim Geisler, Karl Häuser, Wilhelm Hennis, Gerhard Löwenthal, Richard Löwenthal, Hermann Lübke, Hans Maier, Ernst Nolte, Heinz-Dietrich Ortlieb, Konrad Reppen, Walter Riegg, Horst Sanmann, Heinz Sauermann, Erwin K. Scheuch, Hatto H. Schmitt, Hermann Schmitt-Vockenhausen, Gerhard Schröder, Gerd Tellenbach, Friedrich H. Tenbruck, Waldemar Wittmann



Bundesgenosse Lübke

schwerpunktmäßig in den Dienst der unmittelbaren Profitmaximierung, der Herrschaftssicherung nach innen und der Aggression nach außen (z. B. Kriegs- und Vernichtungsforschung) gestellt.

Angesichts erster geringer Teilerfolge, die die demokratische Opposition an einzelnen Hochschulen (z. B. gelegentlicher Einfluß auf die Besetzung von Tutoren- und Assistentenstellen) erkämpfen konnte, muß die Mobilisierung einer breiten Rechtsbewegung auch im Ausbildungssektor zu einer vorrangigen Aufgabe von Strauß & Co. in ihrem Bemühen sein, wieder an die Schalthebel der politischen Machtausübung zu gelangen.

Diesen Zweck soll der Bund „Freiheit der Wissenschaft“ erfüllen, der als reaktionäres Sammelbecken im Hochschulsektor das Interesse vieler Ordinarien an größtmöglicher Sicherung ihrer Privilegien verschmelzt mit dem Bestreben des Großkapitals, sich die Hochschulen gemäß seinen Interessen an Maximalprofit, innerer Reaktion und äußerer Aggression einzuverleiben. Die Gründung des Bundes „Freiheit der Wissenschaft“ steht somit in der Tradition sowohl von Balkes und Dichgans' ultrarechten Formierungsvorstößen als auch des Marburger Manifests, der Notgemeinschaft für eine Freie Universität und der Verfassungsklagen gegen Mitbestimmungsparagrafen in einigen Länderhochschulgesetzen.

Die Ziele dieses Kampfbundes gegen Freiheit und gegen Wissenschaft werden aus dem Gründungsauftrag überdeutlich, ohne daß sie dort explizit genannt werden. Sein Ziel, der Zusammenschluß der Reaktion im Wissenschaftsbereich, kann nur erreicht werden, wenn er den Gegner mit Unterstellung und Diffamierungen bekämpft, wenn er primitivste Ruhe- und Ordnungsinстинkte wachruft, wenn er Interessengegensätze mit wohlbekannter

Volksgemeinschaftsideologie vernebelt und rationale Auseinandersetzungen in einem Brei der Irrationalität erstickt: Wenn der Mitbestimmungskampf der Studenten zu einem Akt der „Zerstörung des Bestehenden“ erklärt wird als „Voraussetzung für die Verwirklichung utopischer Ziele“, bietet sich natürlich der einzige Reformvorschlag der Freiheitskämpfer, die Leistungsfähigkeit der Institutionen zu steigern, als einzige Möglichkeit an, sich dem Zugriff krimineller Utopisten zu erwehren. Dabei wird geflissentlich davon abgelenkt, daß die äußere Funktionsfähigkeit einer Institution nicht notwendig steht oder fällt mit einer bestimmten Aufgabe, die sie zu erfüllen, oder einem bestimmten Inhalt, den sie zu vermitteln hat. Die Mißachtung derartiger ideologiekritischer Selbstverständlichkeiten mün-

det in primitive Demagogie, wenn die Mitbestimmung der Studenten als „Brecheisen“ bezeichnet wird, „mit dem die deutsche Universität . . . aus den Angeln gehoben werden kann“. Während der Mitbestimmungskampf in Wahrheit darauf abzielt, die Institutionen und mithin die Hochschulen anderen gesellschaftlichen Interessengruppen als bisher dienstbar zu machen und dementsprechend auch ihre Organisationsformen zu verändern, identifiziert der Kampfbund aus wohlstandenen eigenen Interessen jeden demokratischen Fortschritt mit Zerstörung des Bestehenden und suggeriert damit, es gebe keine Alternative zum status quo.

Diese Volksverhetzung wird besonders subtil immer dann, wenn vor der „Politisierung“ der Wissenschaft gewarnt wird, als sei die gegenwärtige Wissenschaft etwa unpolitisch. Ein Mann wie Hennis, der ausdrücklich die Öffentlichkeit von Forschung bekämpft, um Kriegsforschung zu schützen, weiß genau, wie politisch Wissenschaft in bezug auf ihre Voraussetzungen, Inhalte und Auswirkungen ist: die Frage, um die es im Mitbestimmungskampf der Studenten geht, heißt nicht „politische oder freie Wissenschaft“, sondern „Wissenschaft im Herrschaftsinteresse einer Minderheit oder im Lebensinteresse der Mehrheit der Bevölkerung“. (Aus der Stellungnahme des VdS zur Gründung des Bundes „Freiheit der Wissenschaft“)

Einige „Freiheitsbündler“, die bereits bekannt sind durch ihr Engagement gegen eine – auch nur in Ansätzen vorhandene – Demokratisierung der Universitäten:

Prof. Erwin K. Scheuch – Sprachrohr der rechten Soziologen

Prof. Hennis – kämpft seit fünf Jahren unerbittlich gegen die Drittelparität

Friedrich H. Tenbruck – schon lange in ideologischen Diensten des Deutschen Industrie Institutes (DII), der Propagandazentrale des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI)

Walter Rüegg – eifriger Kämpfer gegen das ihm zu progressive HUG, der „aus Versehen“ in des Management eines Schweizer Industrieunternehmens geraten ist

Prof. Hans Maier – langjähriger Berater der CSU und Strauß-Intimus

Karl Holzamer (CDU) – Intendant des ZDF und im faschistischen Hitler-Regime Nachrichtenoffizier und Frontberichterstatler

Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen (SPD) – hat sich als Planer der Notstandsgesetze hervorgetan

Dr. Gerhard Stoltenberg (CDU) – Bundesminister a. D. und ehemals Mitglied des Vorstandes des Krupp-Konzerns

Dr. Elmar Michel – Vorsitzender der Salamander AG

Leopold Bröker – Präsident der Landeszentralbank Hessen

Franz Ludwig Graf von Stauffenberg – Vorstandsmitglied der Jungen Union und Direktionsassistent beim Panzerproduzenten Krauss-Maffei

Heinz Kaufmann – Vorstandsmitglied der Farbwerke Hoechst

Nacht

Vefassungsbeschwerde gegen das HUG

(hier: Der Tragödie 6. Teil – erste Normenkontrollklage, zweite Normenkontrollklage, Darmstädter Manifest, Brief des Präsidiums der Hochschullehrer der TH Darmstadt an den Kultusminister, erste Verfassungsbeschwerde, zweite Verfassungsbeschwerde)

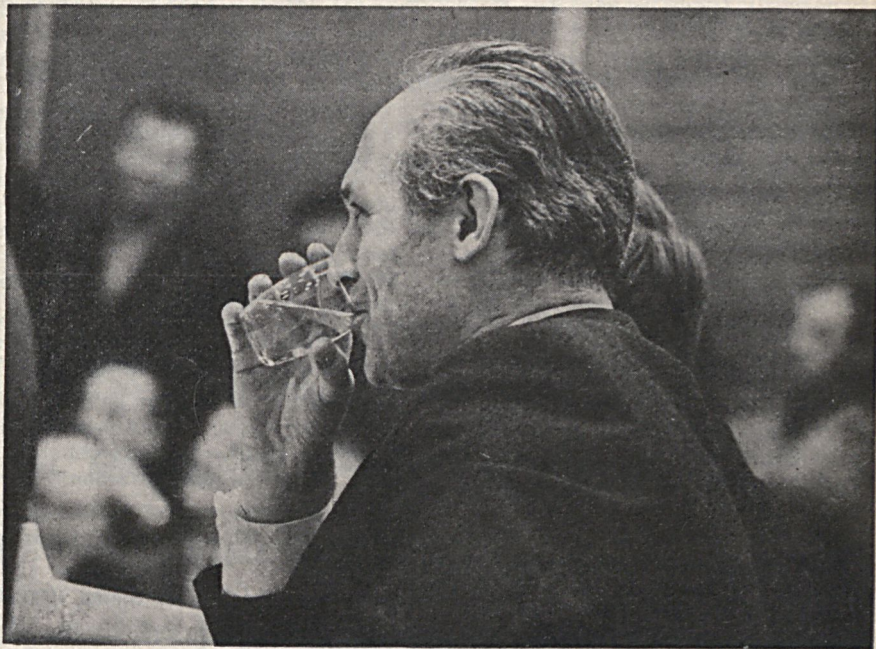
„Hab nun, ach! Philosophie,
Juristerei und Medizin
Und leider auch Theologie
Durchaus studiert, mit heißem Bemühen.
Da steh ich nun, ich armer Tor!
Und bin so klug als wie zuvor;...“

Diese Sätze des Faust könnten genauso von Schultz, reaktionärer Ordinarius für Zivilrecht, Wirtschafts- und Arbeitsrecht in Darmstadt und ehemaliger Rektor der TH, stammen; und selbst die Szenenanlagen von Goethe: „In einem hoch gewölbten, engen gotischen Zimmer. Faust, unruhig auf seinem Sessel am Pulte“ könnten auf der zweiten Verfassungsklage von Dietrich Schultz & Co. stehen, nur fehlen die Hinweise auf Dürsterkeit und Staub; Staub auf jahrzehntealter Geisteslosigkeit.

Der Tatbestand:

Seitdem sich abzeichnete, daß die Bemühungen fortschrittlicher Studenten, dem Wrack der Humboldtschen Universität den Todesstoß zu geben, Folgen haben könnten, kam es unablässig zu Versuchen einer Reihe von Wissenschaftlern, organisiert entgegenzutreten. Es sind jene Wissenschaftler, die von sich selbst glauben, nur „die reine Wissenschaft und nichts als die Wissenschaft“ an einer obendrein „freien Universität“ zu betreiben. Und sie glauben, sämtliche Bemühungen anderer, sie freundlicher Weise mit der Realität vertraut machen zu wollen, hintertreiben zu können. Am Anfang stand das Marburger Manifest . . . den jüngsten Stand der Entwicklung kennzeichnet die Gründung des „Bundes Freiheit der Wissenschaft“.

Dazwischen liegt eine ganze Flut von Normenkontrollklagen und Verfassungsbeschwerden gegen „fortschrittliche“ Universitätssatzungen oder Universitätsgesetze (wobei der Begriff „fortschrittlich“ in diesem Zusammenhang nicht von studentischer Seite benutzt wird). Organisator all jener bundesweiten Unternehmungen der Demokratie durch Gerichtsurteile Abhilfe zu schaffen, ist Professor Klein, Sohn des Eisenbahn-Klein, Ordinarius für Straßenbau und Eisenbahnwesen an der TH Darmstadt. Letzterer wiederum



Bald wieder am Zuge? Ex-Rektor Schultz

gehört zum Triumvirat Karl Marguerre, Adam Horn und Rudolf Klein, die in Darmstadt die erste Normenkontrollklage gegen den drittelparitätischen Großen Senat eingereicht haben. Die Herren fühlten sich damals durch die Satzungsreform zu Beginn des Jahres 1969 in ihrem „Recht“ eingeengt, nämlich in dem „Recht“, glauben zu dürfen, Artikel 5 Abs. 3 des Grundgesetzes – Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei – sei ein Privatartikel für Ordinarien. Und so ging es weiter:

Dieser Normenkontrollklage folgte eine weitere von über 60 Darmstädter beamteten Professoren gegen die gesamte Satzungsreform. Zum Organisator der Reaktion in Darmstadt war mittlerweile Dietrich Schultz avanciert, nachdem es ihm mißlungen war, gegenüber den Studenten seine eigentlich reaktionäre Haltung durch ein fortschrittliches Mäntelchen zu verdecken. Dem folgten Pamphlete gegen die Demokratisierung der Hochschule; am Anfang des Jahres schließlich eine Verfassungsbeschwerde gegen den Passus der Darmstädter Reformsatzung, der die Drittelparität in den Fakultäten vorsah.

In dieser ersten Verfassungsbeschwerde (über die bis heute noch nicht entschieden wurde) wollen die Beschwerdeführer (72 Professoren der TH Darmstadt) sich als Hochschullehrer zum Träger des

Grundrechts auf Freiheit der Wissenschaft, Forschung und Lehre bestätigt wissen. Schon damals wurde von studentischer Seite in einem Artikel des AStA-Info 11 vom 11. 2. 70 („Schultz: Karlsruhe muß es bringen“) festgestellt:

„Bei Forschungsprojekten, deren Finanzierung oft gigantische Ausmaße annimmt, ist es selbstverständlich eine Illusion, die Freiheit des einzelnen Forschers zu unterstellen. Notwendig hingegen – in einer kapitalistischen Gesellschaft allerdings nicht realisierbar – ist die Indienstnahme der von der Gesellschaft finanzierten Forschung für gesellschaftliche Bedürfnisse und nicht – wie gegenwärtig in der BRD – für Profitmaximierungsinteressen der Kapitalisten.“

In dieselbe Richtung, wie die erste, stößt auch die zweite Verfassungsklage der 72 vom 30. 9. 70. Sie wendet sich gegen das Hessische Universitätsgesetz (HUG). Man sieht zum wiederholten Male den Artikel 5 Abs. 3 des Grundgesetzes seinen Eigentümern, den alleinig zur „freien Forschung“ befähigten Professoren, entrisen; man lamentiert über Gremien, die dort zu entscheiden haben, wo doch früher die eigene Willkür viel besser entschied. Und man findet eine kurios anmutende Auslegung des Artikels 3 Abs. 1 des Grundgesetzes, der da lautet: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.“ Denn, so die Verfassungsbeschwerde

mini=markt

(sinngemäß): Gleich ist nur, wer gleiche Qualifikation, Funktion und Verantwortung hat – ein Professor kann demnach nur einem Professor gleich sein. Und Gremien der Universität dürfen, um die „Freiheit“ der Wissenschaft zu gewährleisten, nur „gleich“ besetzt sein.

Daß es sich dabei nicht nur um einen formalen faux-pas des Gesetzgebers handelt, erkennt man am § 6 des HUG:

„Alle an Forschung und Lehre beteiligten Mitglieder und Angehörigen der Hochschulen haben die gesellschaftlichen Folgen wissenschaftlicher Erkenntnis mit zu bedenken. Werden ihnen Ergebnisse der Forschung, auch außerhalb des Bereichs der Hochschulen, bekannt, die zu begründeten Bedenken Anlaß geben, sind sie verpflichtet, darüber öffentlich zu informieren.“

Da wird's nämlich für die 72 politisch: Denn „Wissenschaft hat sich nunmehr als ‚gesellschaftsnützlich‘ oder doch zumindest als nicht ‚gesellschaftsschädlich‘ zu erweisen... Was der Gesellschaft nützt und was sie schädigt, sagt das Gesetz nicht. Es benennt auch niemanden, der darüber verbindlich zu befinden hätte.“ (Begründung der Verfassungsbeschwerde vom 30. 9. 1970, S. 7) Die Schlußfolgerung der 72 (unter ihnen übrigens auch Professor Wissmann, Staatskommissar): „Damit ist jedoch offenkundig eine inhaltliche Inpflichtnahme der an der Hochschule betriebenen Wissenschaft vorhanden. Denn Wissenschaft, Forschung und Lehre dürfen nun nicht mehr um ihrer selbst willen betrieben werden, wissenschaftliche Erkenntnis darf nicht mehr ihren Zweck in sich selbst tragen.“ (Begründung der Verfassungsbeschwerde vom 30. 9. 1970, S. 7)

Sagte doch Brechts Galileo Galilei: „Ich halte dafür, daß das einzige Ziel der Wissenschaft darin besteht, die Mühseligkeit der menschlichen Existenz zu erleichtern.“

Am Lehrstuhl II für Zivilrecht, Wirtschafts- und Arbeitsrecht hört sich das ganz anders an:

„... Heiße Magister, heiße Doktor gar,
Und ziehe schon an die zehen Jahr
Herauf, herab und quer und krumm
Meine Schüler an der Nase herum –“

72 Professoren, umgeben von düsterster Nacht.

Peugeot 404 zum Ausschachten für DM 450,- (Verhandlungsbasis) zu verkaufen. Maschine gute Kompression, guter Anlasser, Lichtmaschine.

W. Engel, 61 Darmstadt, Studentendorf Zi. 405, Tel. 163846.

VW 1300 (Modell 1966), TÜV 2 Jahre, überholte Maschine, neue Reifen, neue Schonbezüge, SSD, neue Einbrennlackierung; DM 2750,-.

W. Engel, 61 Darmstadt, Studentendorf Zi. 405, Tel. 163846.

2 Spike-Reifen (5.60/13) für Opel mit Felgen günstig abzugeben. 116/01

P2-Opel-Motor 40 000 km gelaufen, einwandfreier Zustand, mit Anlasser, Lichtmaschine für 50,- DM abzugeben. Muß aber selbst ausgebaut werden! 116/02

Stereo-Verstärker mit 2x5 Watt Ausgangsleistung für 60,- DM günstig abzugeben. 116/03

Suche Aschenbecher für Simca 1000, Bj. 63. 116/05

Betrifft: mini=markt

Als Leserservice – oder Lebenshilfe – drucken wir Kleinanzeigen ab, zu Kleinpreisen. Einheitstarif bis auf weiteres: DM -,50 pro Inserat. Bitte möglichst nicht mehr als 10 Zeilen (ca. 400 Schreibmaschinenschläge).

Die Anzeigen können unter Chiffre oder mit Adresse aufgegeben werden. Für Chiffreanzeigen bieten wir unseren ff

Antwortzettelservice: Absender und Sermon drauf, Chiffrenummer nicht vergessen, ausschneiden und in den Hauspost-

Gebrauchter Stereo-Tuner

zu kaufen gesucht. M. Feyerabend, Da., Alexanderstraße 37/416

Suche gebrauchte „Fick“, Quantentheorie
M. Feyerabend, Da., Alexanderstr. 37/416

Transportprobleme?

Transporte jeder Art zu jeder Zeit mit Ford Transit.

Preise nach Vereinbarung

M. Marsch, Erbacher Straße 10

6x6 FANS! Rolleiflex 2,8 F (Zeiss Planar), sehr guter Zustand, mit ca. DM 18,- auf den neuesten Stand zu bringen (Schnittbildindikator) + Rolleikin Kleinbildeinrichtung + Filter + Taschen, Listenpreis gesamt rund DM 1900,- für DM 900,- zu verkaufen. 116/06

Suche zum Frühjahr Zimmer bis 90 Mark, möglichst mit fließend Wasser; Heizung beliebig, möglichst Hochschulnähe. Wo wird was frei? 116/07

briefkasten werfen (am Haupteingang; nicht in den gelben, staatlichen, sondern in den Holzkasten an der Poststelle!). Die Anzeigenmanuskripte sollten in der Redaktion abgegeben werden (Mensa-Ostflügel, gegenüber dem Auslandsamt); dort können auch die Nachfragen in Empfang genommen werden. Das alles wochentags ab 12.30 (morgens studieren wir).

Die nächste Ausgabe erscheint um den 15. Januar 1971.

Anzeigenschluß ist am 8. Januar 1971.

Absenderangaben:

Antwortkarte Minianzeigen

**darmstädter
studentenzeitung**

**61 Darmstadt
Hochschulstraße 1**

Minimarkt

Anz. Nr: 116 /

Ku-Arheilgen, d. 26. 10. 70

Werte Familie !

Leider muß ich Ihnen die unangenehme Mitteilung machen, daß Ihr Sohn Willi sich flegehaft und schamlos benommen hat. Ich habe Ihn daher am Sonntag, d. 25. Okt. rausgeworfen mitsamt diesem Mädchen, das er mir am Samstag auskloppte. Erst kam er nachts um 1/2 1 mit Frau; da habe ich diese Person im Hause unterbringen wollen. Aber Ihr Herr Sohn wollte Sie unbedingt im Bett haben, weil er das zu Hause auch darf, wie er sagt. Um 2 Uhr nachts hat er gegen meinen Willen sein Ziel erreicht, und ich habe beide am Sonntag an die Luft gesetzt. Für die letzte Woche im Mon. Okt. hat er 25.00 Mk. zurückbezahlt erhalten. - Ich möchte Sie daher höflich bitten, den Bankauftrag rückgängig zu machen. Ich habe das gleiche auch bereits getan. Das geht alles ganz einfach, weil er sich weder polizeilich angemeldet, noch einen Mietvertrag abgeschlossen hat. - Wir sind alle empört über sein schlechtes Benehmen!

Hochachtungsvoll

Fam.

